ruhen und rasten nicht, bis sie den Mann, der die Verbreitung übernommen hat, ruinirt haben. Auch diese Verhältnisse müssen den Genossen draußen, die sich mit dem Gedanken der Gründung neuer Blätter und der Vergrößerung bestehender tragen, immer wieder vor Augen geführt werden.

Diese allgemeinen Ausführungen glaubte ich dem Bericht zufügen zu sollen. An Ihnen ist es jetzt, die Kritik zu üben, die Sie für angebracht halten. Mögen Irrthümer begangen worden sein, wir haben uns lediglich von dem Gedanken leiten lassen, die Interessen der Partei in jedem einzelnen Falle, sei es der Bewilligung, sei es der Verweigerung, am besten zu wahren.

Im Anschluß hieran erfolgt sofort gemäß Punkt 2 der Tagesordnung der

Bericht der Kontroleure.

Derselbe wird erstattet durch

August Kaden: Wie bereits im Bericht des Partei-Vorstandes gemeldet, wurde von den Kontroleuren sofort nach ihrer Wahl in Erfurt beschlossen, daß dieselben nur bei ganz außerordentlich wichtigen Angelegenheiten in Gemeinschaft zusammentreten sollten. Mir wurde übertragen, die einlaufenden Beschwerden anzunehmen und sie den übrigen Kontroleuren zu unterbreiten. Jeder Kontroleur hat in Folge dieser Vereinbarung Abschrift der eingegangenen Beschwerden zugeschickt erhalten. In die parteigenössischen Kreise hat sich nun der ganz bedeutende Irrthum eingeschlichen, daß man glaubt, anläßlich jeder Streitigkeit oder Unzufriedenheit mit dem oder jenem Genossen eine direkte Beschwerde an die Beschwerde-Kommission richten zu müssen. Diese Beschwerde-Kommission ist nur vorhanden für Beschwerden, welche sich gegen den Vorstand richten, nicht aber für Streitigken zwischen Parteigenossen. In diesem Jahre sind vier Beschwerden eingegangen, darunter eine des Genossen Przytulski in Hamburg gegen Auer. Diese Beschwerde ist von uns garnicht angenommen worden, weil sie keine Vorstands-Angelegenheit betraf. Die weiteren drei Beschwerden haben sich direkt gegen den Parteivorstand gerichtet. Zwei davon haben sich von selbst erledigt, und es ist nicht einmal eine Beschlußfassung nothwendig gewesen, weil die Parteigenossen inzwischen zur Einsicht gekommen waren, daß die Beschwerden nicht begründet waren, während eine Beschwerde von Seiten Kölns nach Lage der vorliegenden Akten abgewiesen wurde, später aber, nachdem die Kölner Genossen weiteres Beweismaterial eingereicht hatten, kurz vor diesem Parteitage von uns dahin entschieden wurde, daß in diesem Falle der Vorstand nicht ganz korrekt gehandelt habe, ein Irrthum in der Sache aber nicht ausgeschlossen war.

Die Kasse ist vierteljährlich revidirt worden, und etwa 14 Tage vor dem Parteitage sind die gesammten Kontroleure in der Wohnung

B

des Kassires zusammengekommen, haben Bücher, Kassenbelege u. s. w. geprüft und Alles in vollster Ordnung gefunden. Auffällig war den Kontroleuren die hohen Summen, welche von Seiten des Vorstandes an die einzelnen Zeitungen bewilligt worden sind. Ich beantrage dem Parteikassirer Decharge zu ertheilen.

Zur besonderen Berichterstattung über den „Vorwärts“ und die Partei-Buchhandlung erhält darauf das Wort

Bebel: Parteigenossen! Unbeschadet der Interpellationen, welche zweifellos auf Grund des Kassenberichtes erfolgen werden, sehe ich mich veranlaßt, hier über die Geschäftsgebahrung des „Vorwärts“ ein ausführliches Referat zu geben, weil die in dem Geschäftsbericht gegebene Rechenschaft eine eingehende nicht ist und nicht sein kann. Die Abrechnung, wie sie hier vorliegt, erfolgt regelmäßig nach Schluß jeden Quartals vom „Vorwärts“ an den Vorstand, worauf ein Mitglied des Vorstandes als Dezernent für den „Vorwärts“ zu prüfen hat, ob die angeführten Ausgaben und Einnahmen einestheils mit den Büchern, andererseits mit den Beschlüssen und Vereinbarungen stimmen, welche der Vorstand Namens der Partei mit dem Inhaber der Druckerei u. s. w. abgeschlossen hat. In der letzten Zeit ist ja über die Höhe der Gehälter der Redakteure und des Beamtenpersonals, sowie über die gesammten Herstellungskosten des „Vorwärts“ in der Oeffentlichkeit gestritten worden. Der „Vorwärts“, welcher seit dem 1. April 1884 als „Berliner Volksblatt“ erschien, hat, das will ich vorweg bemerken, so lange er als Parteiblatt erscheint, regelmäßig tarifmäßige Sätze bezahlt. Ich betone das namentlich auch gegenüber den Verdächtigungen, welche in dem „Sozialist“ enthalten gewesen sind. Was vor dem 1. April 1884 in der Druckerei von Max Bading vorgegangen ist, hat für uns insofern kein Interesse, als die Partei bis dahin keinerlei geschäftliche Beziehungen zu ihr hatte. Auf Grund von persönlich meinerseits vorgenommener Einsicht kann ich aber erklären, daß bereits sechs Monate früher, vom 1. September 1883 an, tarifmäßige Sätze bezahlt wurden, von dem Augenblicke an nämlich, wo innerhalb der Buchdruckerbewegung eine Einigung zu Stande kam, während durch mehrere Jahre zuvor keine tarifmäßige Verständigung bestand. Als im vorigen Jahre die Buchdruckerbewegung auftrat und die Buchdrucker neue Forderungen an die Prinzipale stellten, hat der Vorstand sofort erklärt, Bading sei verpflichtet, diesen Forderungen zu entsprechen und die Mehrkosten, gleichviel wie hoch sie seien, zu bezahlen. Dem entsprechend ist verfahren worden; die Mehrkosten, die nach dem neuen Tarif, den übrigens bekanntlich nur ein ganz kleiner Theil der Druckereien bewilligt hat, erforderlich wurden, betragen jährlich ca. 9000 M.

Ein Organ, wie der „Vorwärts“, kann nun nicht mit den Mitteln arbeiten wie die Provinzialpresse leider in der Mehrzahl

B

zu arbeiten genöthigt ist. Aus dem Rechenschafts- und Kassenbericht ersehen Sie, wie ganz enorme Mittel wir an die Parteipresse zu bewilligen genöthigt waren, wenn dieselbe nicht mehr oder weniger dem Untergang geweiht werden sollte. Immerhin aber spielt diese Ausgabe eine verhältnißmäßig unbedeutende Rolle gegenüber dem Hauptorgan. In Berlin sind sämmtliche Löhne bedeutend höher, die Miethen für Geschäftslokale betragen 100 Prozent mehr als in den Provinzstädten. Ebenso können die angestellten Personen in Berlin nicht mit Gehältern auskommen, welche in einer Mittel- oder Kleinstadt Deutschlands angemessen erscheinen. Die Herstellungskosten für den Satz des „Vorwärts" unter den neuen, seit einem Jahre geltenden Bedingungen belaufen sich gegenwärtig auf 80 M. pro Bogen. Die Sachverständigen in Ihrer Mitte werden feststellen können, ob ein solcher Preis nicht anständigerweise gezahlt werden muß. Der Vorstand hat bei allen Abmachungen mit Bading streng auf die Wahrung des Parteiinteresses gesehen, er hat aber auch nicht den Drücker abzugeben, sondern muß dem Verleger gegenüber dasjenige thun, was anständig ist und unter den gegenwärtigen Existenzbedingungen gefordert wird. Für 1000 Druck des „Vorwärts" werden 3 M., für das Einfalzen besonderer Beilagen pro 1000 Exemplare 1 M. berechnet. Vom Papier kostet das Kilo 25½ Pf.; dabei machen die Kosten für das Papier allein 121000 M. von der Gesammtsumme von 262000 M. aus. Danach schon kann sich wohl jeder ausrechnen, wie groß der von dem Unternehmer gezogene Nutzen sein wird. Ferner ist, offenbar in der Absicht, unter den eigenen Parteigenossen Verwirrung und Zwiespalt anzurichten, öffentlich die Frage aufgeworfen worden, wer der Eigenthümer des „Vorwärts" sei. Der Eigenthümer ist die Partei und niemand anders. Und wenn behauptet wird, daß bei der Vergebung des Druckauftrages an Bading noch mehrere Personen im Spiele sind, welche sich daran die Hände wischen und Profite bezögen, so erkläre ich alle diese Behauptungen für Lügen und Verleumdungen. Keine Person ist in dieser Weise beim „Vorwärts" irgendwie betheiligt. Einer unserer Genossen war bei der Gründung des Blattes betheiligt, nämlich Singer, und zwar insofern, als er 16—17000 M. gegeben hat für das Defizit, aber keinen Pfennig zurückbekommen oder zurückverlangt hat oder verlangen wird. (Bravo)

Der Umfang und die rasche Herstellung des Blattes erfordern Arbeitskräfte der verschiedensten Art. Der „Vorwärts" kann nicht unter fünf Redakteuren bestehen. Das Gehalt derselben stuft sich ab zwischen 2400 und 7200 M. Der erste Redakteur erhält monatlich 600, der zweite jährlich 5000, die anderen drei monatlich 275, 250 und 200 M. Außerdem ist ein Hilfsarbeiter in der Redaktion mit kleinen Nebenarbeiten für wöchentlich 25 M. beschäftigt. Nun wird ja gerade das Gehalt des ersten Redakteurs in Bezug auf

B

seine Höhe eine gewisse Ueberraschung hervorrufen. Wir verkennen nicht, daß eine proletarische Partei wie die unsrige ganz anders mit den Geldmitteln rechnet als andere Parteien, daß auch der an schriftstellerische Leistungen zu legende Maßstab ein ganz anderer ist; aber das Eine steht doch fest, daß die Partei die Redakteure nicht wesentlich anders produziren lassen kann, als es jetzt in der bürgerlichen Gesellschaft allgemein üblich ist. Wir können ebensowenig hierfür bestimmte Sätze festsetzen, als für die Arbeitslöhne überhaupt. Die von der Partei beschäftigten oder angestellten Arbeiter sollen die bestmöglichen Arbeitsbedingungen in den Parteiunternehmungen genießen. Nach diesem von uns anerkannten Grundsatze müßte logischerweise auch die geistige Arbeit behandelt werden. Es soll kein Parteigeschäft hinter dem bestbezahlten bürgerlichen Geschäft zurückbleiben, und es sollte also auch kein geistiger Arbeiter unter dem bestbezahlten geistigen Arbeiter bürgerlicher Art angestellt werden. Wenn wir diesen Maßstab anlegen würden, kämen wir nun freilich zu ganz anderen Summen. Nach einer mir vorliegenden Liste der Gehälter der Redakteure Berliner Blätter vom Umfange des „Vorwärts" bezieht der erste Redakteur eines konservativen Blattes 24000 M., die ersten Redakteure zweier liberaler Blätter 18000 und 15000 M. Fast ausnahmslos stehen sämmtliche ersten Redakteure nicht unter 10000 M., und auch die zweiten Redakteure werden viel besser bezahlt als bei uns. Nun haben wir einen ersten Redakteur, der seit 40 Jahren in unserer Bewegung voransteht, der eine starke Familie zu erhalten hat. Niemand wird es verübeln, daß der erste Redakteur bemüht ist, seinen Kindern diejenige Erziehung zu geben, die ihnen in Zukunft die Erringung der selbständigen Existenz möglichst erleichtert. Was für die Miethspreise der Redaktionslokalitäten gilt, gilt ganz ebenso für die Privatwohnungen. Der nothwendige Aufwand für die Lebensbedingungen ist also der Art, daß er mit dem gegenwärtigen Gehalt kaum auskommen kann, so unglaublich Ihnen das erscheinen wird, die Sie als Arbeiter ein um so viel geringeres Einkommen haben. Da wir nicht alle gleich veranlagt sind und das Maß der erworbenen Bildung auch einen ganz verschiedenen Kostenaufwand beansprucht, rechtfertigt sich auch die verschiedene Höhe der Gehälter unserer Redakteure. Der eingegangene Antrag, daß das Maximalgehalt aller Parteibeamten 2500 Mark nicht überschreiten soll, ist einfach unannehmbar, weil er vollständig die lokalen Verhältnisse außer Acht setzt. Dazu kommt noch eins, wovon die Genossen gar keine Ahnung haben. Den Beamten und Redakteuren erwachsen Ausgaben aller Art durch Repräsentation. Namentlich in Berlin vergeht kein Tag, wo nicht Personen von auswärts in Parteiangelegenheiten zu uns kommen, denen gegenüber man Verpflichtungen hat, denen sich keiner ent-

ziehen kann. Mit Recht also können die hier in Frage stehenden Gehälter kaum bemängelt werden. Ueber das Gehalt von 5000 Mark für den zweiten Redakteur bemerke ich, daß der gegenwärtige Inhaber dieses Postens bis zu dem Augenblicke, wo er zum „Vorwärts" kam, bei einem Wochenblatte angestellt war, wo er dasselbe Gehalt bezog. Eine Kraft wie diese, welche für den „Vorwärts" absolut nothwendig war, konnte nicht geringer bezahlt werden. Die Proletarier haben — und das liegt an ihrer Lebensstellung — eben keine Ahnung, was die bürgerliche Presse ihrerseits in dieser Beziehung leistet. Wir sind hier in Berlin umlagert von Verhältnissen, die uns Rücksichten aufzwingen wie an keinem anderen Orte.

Neben dem Redaktionspersonal im „Vorwärts" besitzt derselbe eine Anzahl ständiger Mitarbeiter, hauptsächlich auswärtige, außerdem Mitarbeiter, welche zeitweilig Leitartikel liefern, im Ganzen sechs, die in der Hauptsache monatlich feste Bezüge von 25 bis 150 M. haben; ferner zwei Korrektoren mit 150 und 160 M. Zwei Korrektoren mögen für die Provinz sehr hoch erscheinen; aber da die Korrekturarbeit sich auf wenige Stunden und des Abends und der Nacht zusammendrängt, kann ein einzelner Korrektor mit der Arbeit nicht fertig werden. In der Expedition sind drei Personen mit 120 bis 180 M. monatlich, außerdem zwei Hilfsarbeiter mit 18 und 24 M. wöchentlich beschäftigt. Die Partei-Buchhandlung hat vier Angestellte. Unsere Buchhandlung hat in Folge des sehr gestiegenen Umfanges ihrer Geschäftsthätigkeit im letzten Jahre einen Umsatz von über 120 000 M. gehabt. Das mag im Vergleich zu manchen großen Buchhandlungsgeschäften gering erscheinen, ist aber in Wirklichkeit ganz kolossal, wenn festgehalten wird, daß hier in der Hauptsache Broschüren vom kleinsten Umfange in Betracht kommen, deren Mehrzahl nicht über 50 Pf. pro Stück kostet. Die 120 000 M. repräsentiren also eine sehr große Menge von Schriften und einen sehr großen Arbeitsaufwand, und ohne diese vier Personen, deren Gehalt von 120 bis 200 M. steigt, und einen Hausdiener mit 24 M. wöchentlich ist nicht auszukommen. Nun ist gesagt worden, ein so bedeutender Druckauftrag, wie ihn der „Vorwärts" repräsentirt, verbunden mit den damit zusammenhängenden Druckaufträgen, wie sie die Partei zu vergeben hat rechtfertige die Einrichtung einer eigenen Partei-Druckerei. So weit es dem Hamburger Geschäft möglich ist, Druckaufträge von uns ausführen zu können, sind wir immer bestrebt gewesen, solche dem Hamburger Geschäft zuzuweisen. Trotz seiner sehr bedeutenden Größe ist dieses aber nicht in der Lage gewesen, alle diese Aufträge auszuführen. Wie das Hamburger Geschäft verwaltet und wie über Einnahmen und Ausgaben verfügt wird, wissen ja die Hamburger Genossen genau, die durch ihre Kommission jeden Tag

und jede Stunde Gelegenheit haben, sich zu informiren. Dieses Geschäft bildet in der Partei eine Ausnahme. In Hamburg ist eine ganze Reihe günstiger Bedingungen zusammengetroffen, welche ermöglicht haben, diese Anstalt zu gründen und zu entwickeln. Das Geschäft war in Folge seiner stets wachsenden Größe genöthigt, in den letzten fünf Jahren zwei neue Häuser hinzuzukaufen, ganz gewaltige Umbauten vorzunehmen, eine Menge Neueinrichtungen zu schaffen, kurz es sind in den letzten Jahren für diese Bauten, u. a. den Bau einer zweiten großen Dampfesse, und für die Neueinrichtung u. a. der elektrischen Beleuchtung mindestens 400 000 M. aufgewendet worden, und es verstand sich also ganz von selbst, daß ein Geschäft, welches so kolossale Aufwendungen machen mußte, nicht viel Ueberschuß erbringen konnte. Wenn also jetzt zum ersten Male ein so bedeutender Posten an Einnahme aus diesem Geschäft in der Parteiabrechnung enthalten ist, so erklärt sich dies aus dem oben angeführten Grunde. Nun ist aber trotz dieser bedeutenden Vergrößerung das Hamburger Geschäft so überhäuft mit Aufträgen, daß es z. B. nicht im Stande ist, die „Neue Welt" zu drucken. In der Zeitungsnotiz, welche die Abrechnung angreift, wird erklärt, daß die Redaktion der „Neuen Welt" in einem halben Jahre 10 000 M. erhalten habe. Das wäre horrend, wenn es wahr wäre. Der Bericht erweist aber das gerade Gegentheil. Es ist kein Pfennig für die Redaktion der „Neuen Welt", es ist nur für die Redaktion des „Sonntagsblatts," welches vor der „Neuen Welt" erschien, in zwei Posten 568 und 552 M. bezahlt worden. Was sonst aufgeführt ist, sind nicht die Redaktions-, sondern die Herstellungskosten, welche Bading für die Lieferung der „Neuen Welt" bezahlen muß. Das Hamburger Geschäft ist genöthigt, die Beilage „Neue Welt", soweit sie den „Vorwärts" beigegeben wird, hier drucken zu lassen und ebenso auch an anderen Orten den Druck herstellen zu lassen, weil es diesen Auftrag nicht selbst ausführen kann. Wir unsererseits aber, die Inhaber der Geschäftsfirma, sind der Meinung, daß wir Alles aufbieten müssen, um das Hamburger Geschäft nicht noch größer werden zu lassen als es jetzt ist. Wir sind nicht der Meinung, daß eine Partei wie die unsrige, die keine Geschäftspartei, sondern eine Kampfpartei ist, sich mit einer ungeheuren Menge von Eigenthum belasten solle, welches eines Tages, wenn wieder eine Katastrophe käme, mit einem Schlage in ganz andere Taschen verschwände. (Sehr richtig!) Wir sollen uns trotz der außerordentlich günstigen Chancen der Gestaltung der Partei und der damit, natürlich in gleichem Maße wachsenden Menge von Druckaufträgen und dergleichen hüten, abermals neue Druckunternehmungen und Genossenschaften von Parteiwegen ins Leben zu rufen. Ganz abgesehen von dem Verwaltungsapparat, der damit ins Riesenhafte wüchse, wäre dann in hohem

Maße die angedeutete Gefahr vorhanden. Wir sind über den Berg nicht hinaus; ich bin im Gegentheil der Meinung, daß wir an den Berg erst herankommen. (Zustimmung.) Dann werden uns die Gegner auch mit ganz anderen Mitteln kommen als bisher, und diesen Zukunftskämpfen gegenüber werden wir uns bei Zeiten einzurichten und unser Geld lieber in der Tasche zu behalten haben, als es in Unternehmungen zu stecken, welche uns mit einem Federzuge entwunden werden könnten. Nun will ich gar nicht bestreiten, daß einer oder der andere, der lange Jahre hindurch solche großen Druckaufträge ausführt, dabei ein Vermögen gewinnen kann. Wir haben aber dagegen das Mittel, den Privatunternehmer zu veranlassen, für die Arbeiter die möglichst günstigen Arbeitsbedingungen und für uns möglichst günstige Druck- und Herstellungspreise zu bewilligen, und da behaupte ich, daß die Sätze solche sind, die nicht als ungerechtfertigt hoch angesehen werden können. Wir haben aber keine Ursache, denjenigen Wünschen Rechnung zu tragen, welche auf den gegenwärtigen günstigen Zustand pochend, uns verleiten wollen, uns auf eigene Unternehmungen einzulassen, aus denen wir sehr unangenehm herausgeschreckt werden könnten.

In Berliner Versammlungen ist ferner gewünscht worden, man möge den gegenwärtig 3,30 Mk. betragenden Abonnementspreis für den „Vorwärts" herabsetzen. Selbstverständlich muß die Partei bemüht sein, den Genossen das Blatt so billig als möglich zu gewähren; aber sie muß sich doch auch davor hüten, für den „Vorwärts" einen Preis zu machen, mit dem man nicht mehr existiren kann, sondern Defizit macht. Diesen Fehler begeht ja ein Theil der Provinzialblätter und krankt daran. Die Genossen meinen in der Provinz, die Blätter müßten recht billig sein, so billig, wie das billigste Konkurrenzblatt. Insbesondere haben die sogenannten Generalanzeiger und ähnliche Erzeugnisse Veranlassung gegeben, die Abonnementspreise herabzusetzen. Die Parteigenossen haben dabei nur vergessen, daß bei keinem Blatte in Deutschland die Herstellungskosten durch die Abonnementseinnahmen gedeckt werden, sondern daß jedes mehrmals in der Woche erscheinende Blatt nur durch eine bedeutende Annonceneinnahme existiren kann. Den 39 497 Mark Ueberschuß stehen 65 000 Mark an Annonceneinnahmen gegenüber, und damit ist klar erwiesen, daß ohne diese oder mit einer wesentlich geringeren der „Vorwärts" keine Ueberschüsse, sondern vielmehr ein Defizit aufweisen würde. Wenn ein Generalanzeiger für 50 Pfennig monatlich ins Haus getragen wird, so ist das nur möglich wegen der kolossalen Anzahl von Annoncen, die ein solches Blatt hat, und unsere Genossen, während sie einerseits möglichst Billigkeit der Provinzialpresse fordern, sind andererseits gerade bezüglich der Annoncen die größten Rigoristen. (Zustimmung.) Sie sehen aller Orten mit der strengsten Rücksichtslosigkeit, die

einem Staatsanwalt Ehre machen würde, darauf, daß keine sog. unsittlichen oder irgend welche Geschäftskreise schädigende Annoncen aufgenommen werden. Nun bin ich wahrhaftig der Letzte, der alle Annoncen aufnehmen will. Aber es passiren doch wunderbare Dinge. Man hat dem „Vorwärts" aufgegeben, keine Lotterie-Annoncen aufzunehmen, da die Lotterie ein unsittliches Gewerbe sei, und man nicht die Parteigenossen verführen dürfe, zu spielen. Seitdem hat man solche Annoncen nicht aufgenommen und jährlich an 8—10 000 Mark für Annoncen verloren. Andererseits aber würde ein sehr großer Theil der Leser des „Vorwärts" es als ein Kardinalverbrechen ansehen, wenn er es unterließe, die Lotterie-Listen aufzunehmen. (Sehr gut! Heiterkeit.) Es scheint doch, als wenn sehr Viele spielen. (Erneute Heiterkeit.) In früherer Zeit nahm der „Vorwärts" die großen Gründer-Prospekte auf, die ihm schweres Geld einbrachten. Das war natürlich wieder eine Verletzung der Parteiprinzipien. Der Grundsatz „non olet" gilt nicht in unserer Partei, soll auch nicht gelten. Er wurde auch auf diese Annoncen ausgedehnt, obgleich ich mir ehrlich gestand, daß derjenige, welcher solche Annoncen dem „Vorwärts" schickt, sein Geld wegwirft. Denn kein Leser des „Vorwärts" fällt auf solche Annoncen hinein. Nun sind sie abgeschafft worden, und ich bin auch damit zufrieden. Aber bei diesen Grundsätzen kann selbstverständlich eine ganze Anzahl von Parteiblättern heutigen Tages auf keinen grünen Zweig kommen. Bei einem Monatsabonnement von 50—70 Pfennigen kann kein einziges ohne Defizit bestehen, wenn es nicht ganz bedeutende Einnahmen aus den Annoncen hat. Dieses werden die Parteigenossen derjenigen Orte berücksichtigen müssen, welche sehr bedeutende Zuschüsse aus der Parteikasse in den letzten Jahren erhalten haben. Ein großer Theil der Genossen läßt sich von der berühmten Broschüre Lassalle's „Die Feste, die Presse" bestimmen, welche auf den korrumpirenden Einfluß des Geschäfts-Standpunktes unserer deutschen Presse hingewiesen hat. Andererseits können wir nicht umhin, da wir nun einmal in der bürgerlichen Welt leben, auch gewissermaßen mit den bürgerlichen Wölfen zu heulen. Wir können die idealen Grundsätze der sozialistischen Gesellschaft in der heutigen bürgerlichen Welt nicht durchführen, und so ist es nothwendig, bis zu einem gewissen Grade sich diesen Dingen zu akkommodiren, um aus den Schwächen der bürgerlichen Gesellschaft einen möglichst großen Nutzen für unsere eigene Bewegung herauszuschlagen. Nach meiner Ueberzeugung wäre es in einer ganzen Anzahl von Orten bei einer anderen Geschäftsgebahrung möglich gewesen, daß wir statt Zuschüsse Ueberschüsse aus der Presse erhalten hätten. (Zustimmung.) Wir hätten damit ein Mittel mehr gehabt, um unseren energischen Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft führen zu können. Ist dem aber so, so ist es in der That eine Thorheit, wenn man diese

materiellen Machtmittel, welche unsere Presse bei geschickter Leitung bietet, nicht benutzt. Ich hoffe, daß die praktische Durchführung dieses Gedankens im nächsten Geschäftsbericht noch mehr zur Erscheinung kommen wird als bisher (Beifall).

Die Diskussion über die Punkte 1 und 2 der Tagesordnung wird verbunden.

Emmel: Ich meine, wir können alle zufrieden sein, daß endlich mehr Klarheit gerade über die Geschäftsführung des „Vorwärts" geschaffen wird. Es konnte nur deshalb so viel darüber geschimpft und verleumdet werden, weil man nichts Positives wußte. Die Redaktion des „Vorwärts" giebt mir aber doch zu einer Kritik Anlaß. Die politische Rundschau des „Vorwärts" ist nicht so, wie sie sein sollte. Wenn eine Person ständig die Redaktion der politischen Rundschau besorgt, muß sie sich einmal ausschreiben. So kommt es, daß, wer heute drei Monate lang die „Vorwärts"-Rundschau liest, dieselbe auswendig kann. Dies würde vermieden werden, wenn in der Person des Rundschaufschreibers alle Viertel- oder Halbjahre gewechselt würde. Auch die „Neue Welt" entspricht nicht den Anforderungen, die man an ein solches Blatt zu stellen berechtigt ist. (Zustimmung.) Der Roman, der jetzt in der „Neuen Welt" steht, „Die Mittagsgöttin", paßt absolut nicht für ein solches Blatt. Dieses Blatt ist nicht gegründet für Litteraten, Studirende und akademisch gebildete Leute. Erzählungen wie „Am Webstuhl der Zeit" sollten darin aufgenommen werden. Weiter sind die Bilder manchmal ganz jammervoll. (Heiterkeit.) Stände nicht stets die Beschreibung dabei, so würde man nicht wissen, was gemeint ist. Wären die Bilder besser, dann könnte man die Beschreibung ersparen und dafür andere Artikel aufnehmen, z. B. belehrende Artikel über Haushaltung, Rathschläge in Krankheitsfällen u. dergl., wie sie früher in der „Neuen Welt" standen.

Hoch-Frankfurt a. M.: Mich veranlaßt jetzt schon das Wort zu nehmen die Art und Weise, wie der Genosse Fischer den Antrag behandelt hat, welcher von den Genossen in Frankfurt a. M. zur Presse gestellt worden ist. Dieser Angriff hätte sich nicht gegen zwei Personen, sondern gegen die Frankfurter Genossen richten sollen, welche diesen Antrag gestellt haben. Hätte Schmidt oder ich die beiden Schriften schreiben können, dann wären die Frankfurter nicht zu Ihnen gekommen. Wir beide sind angestellt als Redakteure am dortigen Blatte, vollauf beschäftigt und müssen außerdem noch mündlich agitiren. Wir haben also keine Zeit, noch eine besondere Flugschrift zu verfassen. Die Frankfurter Genossen halten die vorhandene Flugschrift für zu groß und zu wenig verständlich und wünschen deshalb, daß der Vorstand eine bessere Schrift verfassen läßt. Ist das nicht möglich, so müssen wir uns bescheiden. In dem vorgelegten Antrag wird auf die Agitation großer

B

Werth gelegt. Ich kann den Fischer'schen Standpunkt nicht theilen. „Entweder schickt die Leute in den Reichstag oder auf die Agitation!" Es muß ein Mittelweg gefunden werden. Die Abgeordneten könnten sehr wohl ihre überschüssige Zeit für die Agitaton verwenden. Um übrigens Klarheit darüber zu schaffen, wie viel Schriften und Redner verlangt und geleistet worden sind, um uns ein Urtheil bilden zu können, ob der Vorstand richtig gehandelt hat oder nicht, beantrage ich, der Parteitag wolle beschließen:

„In dem Bericht des Partei-Vorstandes ist für die Zukunft anzugeben: eine genaue nach Wahlkreisen geordnete Tabelle der erstens auf Veranlassung des Partei-Vorstandes abgehaltenen Versammlungen nebst Namen der Referenten, und zweitens der gratis verschickten Schriften. Außerdem ist die Zahl derjenigen Wahlkreise mit Namen anzuführen, deren Anforderungen nicht erfüllt werden konnten, nebst den Gründen hierfür."

Johannes-Leipzig: Ich habe Namens der Parteigenossen des Wahlkreises Leipzig Klage zu führen in Bezug auf die Lieferung von Flugblättern seitens des Partei-Vorstandes. Einmal entspricht das gesandte Flugblatt absolut nicht den dortigen Verhältnissen. Doch darüber läßt sich streiten. Wichtiger ist der Uebelstand, daß die Zahl der gesandten Flugblätter eine viel zu geringe war. Es sind dem Vertrauensmann nicht, wie gewünscht war, 20 000, sondern nur 1000 Exemplare gesandt worden. Es wurde allerdings mitgetheilt, daß man davon absehe, eine so große Anzahl von Flugblättern zu senden, weil man nicht wünsche, eine große Anzahl Makulatur drucken zu lassen. Daß diese Auffassung eine irrige war, beweist, daß die Parteigenossen von Leipzig 14 Tage später 15 000 Flugblätter auf eigene Kosten drucken ließen, und daß von diesen nichts übrig blieb. In Bitterfeld allein wohnen 10 000 Einwohner, und es handelte sich im ganzen um 42 Ortschaften. Es ist also der Wunsch begründet, daß in Zukunft der Partei-Vorstand etwas mehr Rücksicht auf die Wünsche der Vertrauensmänner nimmt.

Grünwald-Hamburg: Wie Ihnen bekannt, hat die Kontrol-Kommission die Beschwerde des Genossen Przytulski zurückgewiesen, weil dies eine Privatangelegenheit wäre, welche zwischen den Genossen Auer und Przytulski abzumachen wäre. Es handelt sich durchaus um eine offizielle Angelegenheit, weil Auer als Sekretär des Partei-Vorstandes vor Przytulski als einem Polizeispitzel gewarnt hat. Das ist der schwerste Vorwurf, den man gegen einen ehrlichen Genossen erheben kann. Wir Hamburger Genossen kennen Przytulski aus der schwersten Zeit, dem Anfang des Sozialistengesetzes, und wissen ganz genau, daß, wenn Przytulski ein schlechter Mensch wäre, er hundert und tausendmal Gelegenheit gehabt hätte, ein ganz anderes Unheil anzurichten, als was ihm jetzt nachgesagt wird.

B

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bibliothek

Ich beantrage, eine Kommission von 5 Mitgliedern zu wählen, um die Sache des Przytulski sofort zu untersuchen und die Entscheidung dem Parteitage zu unterbreiten.

Was die Bezahlung der Redakteure betrifft, so wünsche ich bei aller Rücksicht auf den einmal bestehenden Klassenstaat, daß man nicht nach oben zu hoch und nach unten zu tief gehe. Ich höre, daß die Arbeiter in der Expedition des „Vorwärts" mit 18—24 Mk. wöchentlich bezahlt werden. In einer Stadt wie Berlin muß jeder Arbeiter mindestens 30 Mark erhalten. Ich bitte, daß der Parteitag auch hierzu eventuell Stellung nimmt.

In Bezug auf die Agitation wäre es am besten, wenn man von einem Zentralpunkte, der großen Stadt aus, eine Agitation über das flache Land entwickelte. Es ist bedauerlich, daß die Genossen in Kassel nicht allein im Stande waren, den Genossen Pfannkuch dort festzuhalten. Wir in Hamburg versorgen die Provinz Schleswig-Holstein, Hannover und einen Theil Mecklenburgs mit Agitatoren. Ich betone nochmals: zunächst provinzielle und lokale Agitation und in zweiter Linie Eingreifen der Zentralleitung.

Ullenbaum-Elberfeld: Daß es der Partei-Vorstand nicht allen recht machen kann, ist erklärlich. Ich hätte aber gewünscht, daß Fischer über die Thätigkeit des Partei-Vorstandes zur Maifeier sich verbreitet hätte. Wir in Elberfeld müssen uns entschieden gegen die Maifestzeichen erklären. (Zustimmung.) Der Partei-Vorstand hätte unsere Genossen im Lande mit solchem Blech verschonen sollen. (Sehr richtig!) Denn etwas anderes war es doch nicht. Die 500 oder 1000 Mark Ueberschuß hätte man auf andere Weise viel leichter herausschlagen können. Auch ich wünsche, daß der Partei-Vorstand etwas mehr Obacht auf die Redaktion der „Neuen Welt" gebe. Die „Neue Welt" hat die gehegten Erwartungen durchaus nicht erfüllt. Wir hatten gehofft, sie würde in dem Sinne redigirt werden, wie es 1876, 1877 und 1878 geschehen ist. Dann hätten wir auch gewünscht, daß der Partei-Vorstand sich mit der Herausgabe einer Jugendlitteratur befaßt hätte. Möchte er das Versäumte im nächsten Jahre nachholen!

Schmidt-Friedberg: Schon die beiden vorangegangenen Parteitage haben die Nothwendigkeit der Landagitation betont und bestimmte Beschlüsse gefaßt. Fischer hat die Sache so abzuschlenkern gewußt, daß man sich kaum getraut, mit weiteren derartigen Anträgen hervorzutreten. Trotzdem habe ich meinen Mandanten versprochen, einen bezüglichen Antrag zu unterstützen. Den Gegnern können wir nur in der mündlichen Agitation wirksam entgegentreten und zwar mit Hilfe bedeutender Redner, welche zum Besuch der Versammlungen anregen. Nicht der Redner wegen, sondern der Gegner wegen verlangen wir bedeutende Kräfte.

B

Hengsbach-Köln: Wir sind in Köln gleichfalls der Ansicht, daß seitens der Parteileitung inbezug auf die Agitation etwas mehr hätte geschehen können. Es brauchen nicht gerade immer die Bebel, Liebknecht und Singer zu sein, welche man auf das Land schickt. Freilich hätten wir gewünscht, daß Bebel nach Köln gekommen wäre, da doch in Köln seine Wiege gestanden hat, er lange Jahre für Köln kandidirt hat und dort sehr viel auf ihn gehalten wird. Wir dürfen uns also über eine gewisse Stiefmütterlichkeit beschweren. Eine regere Agitation in Köln ist um so nothwendiger, als wir uns in der schwärzesten Ecke von Deutschland befinden, wo das Zentrum dominirt. Wenn man den starken Thurm des Zentrums ins Wackeln bringen will, dann muß man auch Thaten zeigen. Der Rednermangel, von dem Fischer sprach, ist doch nicht so bedeutend. In Berlin ist es doch leichter zu agitiren als in dem schwarzen Rheinland. Ich möchte beantragen, der Parteitag möge anerkennen, daß in Zukunft etwas mehr für die Veranstaltung von Agitationstouren geschehen möge als bisher, namentlich im Rheinland, wo wir mit der Agitation der katholischen Arbeitervereine u. s. w. zu kämpfen haben.

Pfundt (6. sächs. W.-K.): In allen einzelnen Ländern und Staaten Deutschlands sind Agitationstouren gemacht worden, bloß nicht nach dem herrlichen Königreich Sachsen. Ich habe die Pflicht, im Namen des 6. sächsischen Wahlkreises den Wunsch auszusprechen, die Parteileitung möge die Ausführung der Beschlüsse des vorigen Parteitages inbezug auf die Landagitation etwas mehr betreiben. Ich habe schon vor 7 Monaten an die Parteileitung um Zusendung eines Redners geschrieben — es sollte eigentlich Singer kommen — aber auf eine bestimmte Person verzichtet.

Wilke-Ruppin-Templin: Man kann nicht immer Singers, Bebels und Liebknechts zur Agitation schicken. Deshalb muß man dafür sorgen, daß die Agitation möglichst vertheilt wird durch eine geschickte Provinzialagitation. Auf diese Weise kann man am besten den Partei-Vorstand entlasten. Inbezug auf die Presse sollte auf die Kontrole seitens der Lokalvorstände besonders Gewicht gelegt werden. Auf die Maifestzeichen werden wir wohl in Zukunft verzichten können. (Beifall.)

Wartmann-Friedrichshagen: Auf die mündliche Agitation muß das größte Gewicht gelegt werden. Unter den heutigen mißlichen Verhältnissen ist nicht einmal jeder im Stande, eine Zeitung zu lesen und zu verstehen. Die Maifestzeichen mögen für die Zukunft wegbleiben. Der „Vorwärts" sollte sich einer präziseren Berichterstattung befleißigen. Zum Beweis für seine Beschwerde verliest Redner den Wortlaut einer Einsendung, die dem „Vorwärts" zuging, und den vom „Vorwärts" daraus gebrachten Auszug, die Versammlung gibt indeß durch Zurufe zu verstehen, daß die Redaktion richtig gehandelt habe.

B

Kiesel-Berlin: Ich bin weit entfernt, unserem Genossen Liebknecht sein Gehalt schmälern zu wollen. Aber auch ich glaube, daß die unteren Beamten des „Vorwärts" zu niedrig bezahlt werden. Der Parteisekretär Fischer läßt unseren Genossen im Lande im allgemeinen nicht die Behandlung zu Theil werden, die von ihnen gewünscht wird. Er ist nicht so nett, wie er eigentlich sein sollte. (Heiterkeit.)

Schumann-Herford-Halle: Sachsen, das Eldorado der Intelligenz, wo es so viele Redner giebt, braucht doch keine auswärtigen Redner, und es ist komisch, eine solche Klage von einem Sachsen zu hören. Viel mehr Grund zur Klage haben wir in Halle. Redner beschwert sich über Molkenbuhr und Schumacher, die aus ungenügenden Gründen nicht zur Agitation für die am 1. September stattgefundene Reichstagsersatzwahl im Kreise erschienen seien. Eine präzisere Berichterstattung der Presse wünsche auch ich. Wir haben in der Provinz sehr viel darunter zu leiden, daß die gegnerischen Blätter die Vorgänge in Bezug auf die „Unabhängigen" ausposaunen und aufbauschen, und wir darauf nicht antworten können, weil wir aus dem Berliner „Vorwärts" nicht genau informiert sind.

Klees-Magdeburg: Magdeburg ist gewissermaßen der Spucknapf für diejenigen Berliner, welche seinerzeit aus der Partei ausgetreten sind. Diese habe nun das Gehalt des Chefredakteurs des „Vorwärts" als Kampfmittel gegen die Parteileitung benutzt. Die älteren Genossen werden sich erinnern, daß seinerzeit auf dem Einigungs-Kongreß der Redakteur gewählt und ihm ein Gehalt festgesetzt worden ist. Vielleicht könnte der Parteitag heute einen gleichen Antrag annehmen. Ich will das Gehalt des Genossen Liebknecht nicht als zu hoch bemängeln, aber ich meine, daß wir durch die Annahme eines solchen Antrages der Agitation jener Herren einfach die Spitze abbrechen würden. Jeder agitatorisch oder schriftstellerisch thätige Parteigenosse hat größere Mittel nöthig, als die anderen. Bezüglich der „Neuen Welt" schließen sich die Magdeburger Genossen dem Elberfelder Antrag an. Ueber Mangel an Agitatoren wird schon seit 25 Jahren geklagt. Diese Klagen sind zum Theil insofern unberechtigt, weil manche Orte das Gute, was in ihrer Nähe ist, nicht schätzen, sondern das Bestreben haben, sogenannte Paradepferde zu gewinnen. (Heiterkeit.) Für besoldete Agitatoren bin ich nach meinen Erfahrungen grundsätzlich nicht. Namentlich in der Auswahl der geeigneten Persönlichkeiten hat man früher vielfach Fehlgriffe gethan, und die besoldeten Agitatoren haben hinterher der Bewegung mehr geschadet als genützt. — Man hat über unseren Genossen Auer geklagt. Ich bin schon lange mit Auer bekannt, aber ich muß gestehen, daß Auer ein Engel ist gegen den früheren Parteisekretär York. (Große Heiterkeit.) Auer verkehrt eben mit Hunderten, und da kann die Abfertigung nur eine kurze und sachliche sein.

B

Frantzen-München-Gladbach: Nachdem Bebel auf dem Parteitag zu Halle dem Zentrum gleichsam offiziell den Krieg erklärt hat, ist wohl die Frage berechtigt, was seitens der Parteileitung innerhalb dieser zwei Jahre gegen das Zentrum geschehen ist. Wir halten ja unseren Genossen Bebel für einen sehr großen Strategen und Meister der Taktik, aber Kriegserklärung und Sieg sind zwei verschiedene Dinge. Und wenn wir die neuere Taktik des Zentrums, die verzweifelten Anstrengungen gerade dort unten am schwarzen Rhein sehen, seinen jetzigen Besitzstand zu erhalten, wenn wir beobachten, wie das Zentrum seine Knüppelgarde mobil gemacht hat, — ich erinnere an Forst bei Aachen und München-Gladbach — dann ist jene Frage wohl berechtigt. Die Genossen am Orte sind in den seltensten Fällen in der Lage, aus eigener Kraft dagegen Front zu machen, weil die schwarze Polizei viel intensiver wirkt als die kaiserlich-königliche. Wenn meine Worte dazu beitrügen, die Parteileitung zu veranlassen, einen energischen Vorstoß gegen den Thurm des Zentrums zu machen, dann wären wir vollauf befriedigt. (Beifall.)

Drescher-Berlin ist mit der bisherigen Regelung des Unterstützungswesens einverstanden, hält aber Vorsicht und gewissenhafte Berichterstattung an den Partei-Vorstand für geboten. In Bezug auf das Annoncenwesen theilt er den Standpunkt Bebels, warnt aber vor der Aufnahme von Annoncen, die der Schund- und Schmutzkonkurrenz Vorschub leisten.

Beims-Goslar: Ich muß mich darüber beschweren, daß von Seiten der Parteileitung manchmal in Bezug auf die Beantwortung irgend eines Unterstützungsgesuches oder sonst irgend einer Sache in einer Weise geantwortet wird, die sich von derjenigen eines preußischen Unteroffiziers nur sehr wenig unterscheidet. Man behandelt manchmal die Sachen so schablonenhaft und in einem so büreaukratischen Stil, daß die Genossen sich dadurch verletzt fühlen müssen. Ich bin mit Fischer einverstanden, daß manches Unterstützungsgesuch zurückgewiesen werden muß, weiß aber, daß manchmal den Sachen nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt und ihnen nicht genug auf den Grund gegangen wird. Das Verlangen der Genossen, immer Reichstagsabgeordnete zu haben, ist vielfach ein ungerechtfertigtes. Der Partei-Vorstand als solcher kann dem Personenkultus nur sehr wenig entgegentreten. Viel mehr vermögen es die Genossen am Ort. In Bezug auf die Auswahl der Redner stehe ich auf dem Standpunkt von Klees.

Hoffmann-Zeitz: Wenn dutzendweise die Anträge kommen, daß Reichstagsabgeordnete im Lande agitiren sollen, so beweist dies, daß im Reiche die Meinung stark vertreten ist, bei unwichtigen Debatten im Reichstag wäre es besser, wenn nur einige unserer Abgeordneten dort säßen und die anderen zur Agitation auf das

B

Land kämen. Wenn immer sogenannte Primadonnen (Heiterkeit) als Parteiredner verlangt werden, so ist das ganz erklärlich. Man will damit keinen Personenkultus treiben, sondern hat das Bedürfniß, durch solche Redner die indifferenten Massen aufzurütteln; ein zweites Mal hört man denn auch eine minder bedeutungsvolle Rede an. Den Preis der Blätter dürfen wir nicht zu hoch stellen mit Rücksicht auf die Konkurrenz. Wenn der Arbeiter mehr als 50 Pfennig pro Quartal für seine Zeitung zahlen soll, dann verzichtet er auf das Abonnement. Uebrigens können wir Zeitz in Bezug auf die Abonnentenzahl größerer Städte als Muster hinstellen. Zeitz hat 2500 sozialistische Stimmen abgegeben, und die Abonnentenzahl beträgt 1700! — Daß die Gehälter im „Vorwärts" Aufsehen erregt haben, kann nicht Wunder nehmen, wenn man die Provinzialpresse in Vergleich zieht. Es ist angenehmer, Hausdiener im „Vorwärts" zu sein, als Chefredakteur an einer Provinzialzeitung mit 30 Mark wöchentlich und noch dazu mit der Verantwortung. (Sehr richtig!)

Die Maifestzeichen haben allerdings niemand befriedigt, und die einzige Entschuldigung für sie ist, daß sie aus der bekannten Spielwaarenstadt Nürnberg gekommen sind. Was die Landagitation betrifft, so kann ich versichern, daß man auf dem Lande nach dem freien Wort lechzt, ohne daß diesem Wunsche genügend nachgekommen wird. Man hat provinzielle Agitationskomitees vorgeschlagen. Ja, womit sollen sie arbeiten? Sie haben meist wenig Mittel in Händen. Die Mittel müssen entschieden von Parteiwegen bewilligt werden. (Beifall.)

Storch-Randow-Greifenhagen: Gegenüber den Prophezeiungen unserer Gegner im Reichstag, daß Hinterpommern kein Boden sei, in dem der Same der Sozialdemokratie gedeihen könne, kann ich konstatiren, daß wir dort schöne Fortschritte gemacht haben. Wir haben in Kammin gutbesuchte Versammlungen mit 4—500 Personen abhalten können und haben selbst in Pyritz 7,80 M. nur für Entree eingenommen. Bezüglich der Referenten glaube ich sagen zu müssen, daß unsere Reichstagsabgeordneten wegen ihrer langjährigen Thätigkeit im Parlament die populäre Sprache verloren haben, sich nur mit der Sprache der höheren Diplomatie befassen (Heiterkeit) und sich für die Landagitation allerdings schlecht eignen. Selbst Bebel würde in Hinterpommern nicht solchen Anklang finden wie einer, der Land und Leute kennt. Die Presse zu unterstützen, ist unsere erste Pflicht. Man wünscht bei uns in Stettin unser kleines Blättchen zu vergrößern und öfter erscheinen zu lassen. Dazu brauchen wir aber einen größeren Zuschuß von Seiten der Partei. Ich freue mich, daß die Parteileitung unsere vorjährige Klage, daß man Pommern nicht mit genügendem Agitationsmaterial unterstützt, berücksichtigt hat. Wir vermissen aber in dem Bericht

B

im allgemeinen, wie viel Material der Partei-Vorstand versandt hat. Was die Aufnahme von Annoncen betrifft, so wünschte ich, der Parteitag erklärte, daß Annoncen, welche zum Besuch eines Lokals auffordern, welches von Seiten der Parteigenossen boykottirt worden ist, in unserem Parteiorgan keine Aufnahme finden dürfen.

Hierauf wird die weitere Verhandlung um 1 Uhr bis Nachmittag 3 Uhr vertagt.

Nachmittags-Sitzung.

3¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer. Als Schriftführer fungiren Löwenstein, Feldmann und Hülle.

Vor der Tagesordnung erhält das Wort der schwedische Genosse

Axel Danielson: Parteigenossen! Die junge schwedische Sozialdemokratie sendet durch mich ihre herzlichen Grüße an den Parteitag der mächtigen deutschen Arbeiterpartei, die wir Schweden als unsere Mutterpartei betrachten. Wir sind überzeugt, daß die Verhandlungen und Beschlüsse dieses Kongresses die sozialdemokratische Bewegung in der ganzen Welt, am meisten aber doch unter den germanischen Brudervölkern mächtig befördern werde. (Beifall.)

Es sind wiederum eine Reihe von Begrüßungszuschriften und Telegrammen eingegangen.

Namens der Mandatsprüfungskommission erstattet darauf Bericht

Meist-Köln: Es sind auf dem Parteitage 232 Delegirte mit Mandaten anwesend. Von diesen Mandaten hat die Kommission drei beanstandet und eins für ungiltig erklärt, so daß 228 Delegirte auf Grund dieser Prüfung vollgiltig hier anwesend wären. Diesen schließen sich die Vertreter der Fraktion an, die auf Grund unseres Organisationsstatuts dem Parteitage beiwohnen können und ebenso die Beamten des Partei-Vorstandes. Von den 228 Delegirten sind 199 mit einem, 16 mit zwei, 4 mit drei, 3 mit vier und einer mit fünf Mandaten ausgestattet. Wir haben für ungiltig erklärt das Mandat des Genossen Otto Gresse, Vertreter für Wittenberg-Schweidnitz und Torgau-Liebenwerda. Dieses Mandat ist in einer Berliner Versammlung der sogenannten Landsmannschaften zu Stande gekommen und von der Kommission für ungiltig erklärt worden, weil ein ganz gefährliches Präjudiz geschaffen würde, wenn von Seiten der in Berlin anwesenden Genossen aus den verschiedensten Landestheilen Deutschlands jeder beliebige Ort sich hier auf dem Parteitage könnte vertreten lassen. (Zustimmung.) Beanstandet ist zunächst das Mandat des Genossen Thierbach für Prenzlau-Angermünde. Es ist ausgestellt von den Vertrauensleuten mit der ausdrücklichen

B

Motivirung, daß in Schwedt keine öffentliche Versammlung hätte stattfinden können. Der Kommission ist mitgetheilt worden, daß in Schwedt eine Versammlung doch hätte stattfinden können, und deshalb beanstandet sie das Mandat, die Entscheidung dem Parteitage überlassend. Ferner beanstandet sie das Mandat von Karl Wahlen und Georg Schumacher für Solingen. Vom Kreise Solingen sind außer diesen beiden Vertretern noch drei andere vorher in einer nach Vereinbarung der Vertrauensleute in Ohligs abgehaltenen Versammlung Gewählte hier. Nach § 9 des Organisationsstatuts soll jeder Kreis nur drei Delegirte haben. Die Kommission nimmt an, daß die Abhaltung der Versammlung in Ohligs den Genossen hinlänglich durch die „Bergische Arbeiterstimme" bekannt geworden war und daß es Schumacher und den anderen möglich gewesen sei, sich daran zu betheiligen. Statt dessen ist einige Wochen später von dieser Seite an einem anderen Ende des Kreises eine Versammlung berufen worden, die die Beschlüsse von Ohligs für null und nichtig erklärt hat. Die Kommission sieht die erste Versammlung als die kompetente an, hält die drei von ihr gewählten Delegirten für legitimirt und beanstandet die beiden anderen. Da Schumacher Abgeordneter ist, hat er ohnehin das Recht, auf dem Parteitage zu erscheinen. Der Kommission ist aus Offenbach-Dieburg ein Protest gegen die Wahl des Genossen Zaffke überreicht worden, weil aus diesem Kreise trotz vorhergegangenem Beschlusse, nur einen Delegirten zu wählen, jetzt zwei hierher geschickt sind. Wir können das Erscheinen des zweiten nicht beanstanden, halten aber allerdings dafür, daß auf Grund unseres demokratischen Prinzips die Minorität sich der Majorität unterzuordnen hatte, weil nur dadurch in Zukunft dergleichen Vorkommnisse zu vermeiden sind.

Die Diskussion wird zunächst über den Kommissionsantrag auf Ungiltigerklärung des Mandats des Genossen Greffe eröffnet. Nach einer Erklärung Greffe's und Befürwortung des Antrages der Mandatsprüfungskommission durch Metzner und Reißhaus wird das Mandat Greffe mit großer Mehrheit für ungiltig erklärt.

Zur Frage der Giltigkeit des Mandats von Thierbach ist dem Bureau ein Brief überreicht, woraus hervorgeht, daß Thierbach vor 4 Wochen von dem Vertrauensmann in Schwedt a. O. einen Brief des Inhalts erhalten hat, daß jener im Verein mit den Vertrauensmännern von Oderberg und Prenzlau ihm das Mandat ertheilt habe.

Das Mandat Thierbach's wird nach Probe und Gegenprobe für ungiltig erklärt, nachdem Salomon-Wriezen und Antrick-Berlin für die Ungiltigerklärung gesprochen, und Thierbach für die Rechtmäßigkeit desselben eingetreten war.

Zu der Frage der Giltigkeit der Solinger Mandate stellt

Auer den Antrag, in Berücksichtigung des Umstandes, daß im Kreise Solingen Differenzen bestehen, die 3 in Ohligs gewählten Delegirten aber zu den Gegnern des Genossen Schumacher gehören, während der Genosse Wahlen die Anhänger Schumacher's vertritt, für diesen Fall den Genossen Wahlen als Delegirten anzuerkennen.

In der Diskussion, an der Auer, Schumacher, Hoffmann, Slomke theilnehmen, stellt Hoffmann-Zeitz den Antrag, die Mandate für Schumacher und Wahlen für ungiltig zu erklären, den Genossen Wahlen aber zu ersuchen, am Parteitage anwesend zu bleiben, um bei Behandlung der Angelegenheit Schumacher gehört werden zu können. Auer schließt sich diesem Antrage an, derselbe wird angenommen und sind demnach die Mandate Schumacher und Wahlen für ungiltig erklärt.

Vorsitzender Singer spricht die Hoffnung aus, daß Genosse Wahlen dem Wunsche des Parteitages nachkommen wird.

Ueber seine Wahl zum Delegirten für Offenbach giebt Genosse Zaffke Aufklärung. Galm-Offenbach-Dieburg bestreitet die Richtigkeit dieser Darstellung und beantragt Ungiltigerklärung des Mandats Zaffke.

Der Antrag findet nicht die nöthige Unterstützung, das Mandat von Zaffke bleibt also unangefochten. Damit ist die Mandatsprüfung beendet.

Dr. Diederich-Dortmund beantragt, den Antrag von Parteigenossen aus dem Wahlkreise Solingen auf Ausschluß Schumacher's aus der Reichstagsfraktion sofort zur Berathung und Erledigung zu stellen. Gegen diesen Antrag sprechen sich eine Reihe Redner aus; Reißhaus-Erfurt beantragt Einsetzung einer Kommission, womit Schumacher sich unter der Bedingung einverstanden erklärt, daß der gegen ihn gerichtete Antrag vorher vor dem Forum des Parteitages begründet werde, das sei man ihm und der Partei schuldig, der er seit 20 Jahren angehöre.

Der Antrag Diederich wird zurückgezogen und nach dem Antrage Reißhaus-Grünwald beschlossen, für die Angelegenheit eine Kommission von 7 Mitgliedern niederzusetzen. Die Wahl der Kommission soll morgen vor Beginn der Sitzung erfolgen.

Hierauf wird in der Diskussion über Punkt 1 und 2 der Tagesordnung fortgefahren.

Hülle-Erfurt: Meiner Meinung nach giebt die Gesammthaltung des „Vorwärts" zu Ausstellungen keine Veranlassung, doch glaube ich im Sinne der Mehrheit der Delegirten zu sprechen, wenn ich sage, daß manche Fehler vorgekommen sind, die besser vermieden worden wären. Da ist zunächst die Haltung gegenüber den Frühjahrstumulten. In weiten Kreisen der Partei hat es unangenehm berührt, daß der „Vorwärts" die sämmtlichen Tumultanten in einen Topf warf mit den Ballonmützen, mit dem Lumpenproletariat. Ich

selbst stehe ja den berliner Verhältnissen zu fern, da ich in der Provinz lebe, um beurtheilen zu können, ob der „Vorwärts“ recht oder unrecht gehabt hat; aber noch heute morgen ist mir von vielen Genossen versichert worden, daß unter den Tumultanten recht ehrliche, brave Parteigenossen sich befunden haben, welche das Elend, die Noth auf die Straße getrieben hat. Was dann die Polemik betrifft, die der „Vorwärts“, gewiß gegen seinen Willen, manchmal gezwungen ist mit den „Unabhängigen“ zu führen, so wäre es wohl am Platze, diese Polemik nicht so zu führen, wie jene es thun. Ich kann sehr wohl begreifen, daß eine Redaktion wie der einzelne Mensch, der auf Reinlichkeit hält, nicht gern sich mit diesem Schmutz befaßt, den die „Unabhängigen“ fortwährend aufrühren, um ihn der ganzen Partei anzuwerfen; ich verstehe, daß das Ueberwindung kostet. Wenn aber anzuerkennen und festzustellen ist, daß die Kampfesweise Jener eine durchaus schmutzige genannt werden muß, so ist damit noch nicht gesagt, daß der „Vorwärts auf dieselbe Weise zu reagiren hat. (Sehr richtig!) Die zuerst geübte Taktik des Todtschweigens war auch unrichtig. Von den tumultarischen Versammlungen bei den letzten Stadtverordneten-Ersatzwahlen hat der „Vorwärts“ garnichts gebracht. Es war das für die Provinzpresse ein großer Uebelstand, denn sie war lediglich auf die Berichte gegnerischer Blätter angewiesen. Auch in der Angelegenheit der „Freien Volksbühne“ hat der „Vorwärts“ sehr lange geschwiegen; endlich brachte er dann einen Bericht, der aber für jede Redaktion ganz unbrauchbar war. In der Polemik gegen die „Unabhängigen“ ist auch in Einzelheiten, wie z. B. anläßlich des Gelsenkirchener Flugblattes und des seinerzeitigen Beschlusses des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gegen Bebel und Liebknecht eigenthümlich verfahren worden. Solche Art der Polemik schädigt nur unsere gute Sache und sollte in Zukunft vermieden werden.

Bogs-Bromberg: Der „Vorwärts“ schadet uns in seiner jetzigen Haltung in der Provinz mehr, als man in der Hauptstadt gewahr wird. Immer müssen wir hören: „Was, uns wollt Ihr Gemüthlichkeit und Brüderlichkeit predigen, und in der Metropole liegen sich Eure Gelehrten in den Haaren! In diesem Punkte muß Abhilfe geschaffen werden. Von den Redakteuren ist erwähnt worden, daß sie neben dem Gehalt auch Repräsentationsgelder beziehen, dann werden wir wohl auch den Agitatoren gleich den Gegnern Repräsentationsgelder anweisen müssen. Bei der Besprechung der Agitation ist auch von Touren nach Ost- und Westpreußen die Rede gewesen. Wir wissen davon wenig oder garnichts. Wir hatten uns Mühe gegeben, einen Maifestredner nach Bromberg zu bekommen. Man schrieb uns vom Partei-Vorstande, es werde einer kommen, der auch nach Danzig, Königsberg u. s. w. gehen sollte. Auer sollte zur Maifeier kommen;

wir hatten sie, so gut es ging, veranstaltet, aber wer nicht kam, war der Festredner.

Bei uns liegt die Agitation noch sehr im Argen; zum Theil liegt das auch an der Sprachschwierigkeit. Da geht polnisch und deutsch durcheinander, wir haben keine Presse für die Bevölkerung. Wenn nicht bezüglich der Presse bald bessere Verhältnisse geschaffen werden, dürften wir noch lange zu thun haben, die Bewegung in Fluß zu bringen. Sie ahnen kaum, wie das Volk, besonders die Landbevölkerung, dort noch darnieder liegt. Die Gutsbesitzer in ihren Stände- und Kreishäusern können einfach alle Lasten auf den kleinen Bauer abwälzen, der muß ihnen die Wege erhalten, er muß alles thun, was jene befehlen, er hat keine Rechte, ihm hilft auch keine Beschwerde. Kurz, es sieht dort sehr traurig aus.

Auer: Dem Vorredner ist eine kleine Verwechselung passirt. Ich habe nie versprochen, nach Bromberg zu kommen, und habe deshalb auch dort eine versprochene Rede nicht zu halten brauchen; es war Riesop, der auf meine Veranlassung dort angemeldet war. Ich kann mich jetzt nicht erinnern, welche Umstände zusammengetroffen sind, daß er nicht in Bromberg hat sein können; ich weiß aber, daß Verhältnisse sich geltend machten, die zu überwinden Riesop nicht im Stande war. Im Uebrigen war ja das Bromberger Fest sehr schön, und wer weiß, ob es so schön verlaufen wäre, wenn die Genossen dort zu alle den Genüssen noch eine Festrede hätten verdauen müssen. (Heiterkeit.)

Wie seit 25 Jahren kehren, seitdem wir Parteitage, Generalversammlungen und Kongresse haben, mit absoluter Regelmäßigkeit die Klagen und Beschwerden über mangelhafte Agitation auch diesmal wieder. Weder das Präsidium des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, mochte der Träger Schweitzer, Becker, Hasenclever oder Tölcke sein, noch die alte Eisenacher Partei in der Zeit, wo Geib mit York oder Brake an der Spitze standen, noch die Gesammtpartei nach der Vereinigung ist davon verschont geblieben; immer wieder heißt es in diesen Reden: bei uns ist zu wenig geschehen. Das ist eine ganz relative Auffassung. Den Unternehmern, den Bourgeois und der Polizei ist es zu viel, (Heiterkeit) den Parteigenossen zu wenig. Ich schließe mich den letzteren an, auch ich wünschte, es wäre mehr gewesen; aber alle Genossen, die jetzt wieder klagen, begehen den einen Fehler, daß sie nicht angeben, wie positiv abgeholfen werden kann. Es ist ungemein billig, zu sagen: zu welchem Zweck hat man denn einen Partei-Vorstand, wenn man ihm nicht zumuthet, Alles selbst zu besorgen? Schon 1875 wurde auf dem Gothaer Kongreß ein Antrag angenommen, der Partei-Vorstand sei verpflichtet, überall agitiren zu lassen. Einen solchen Antrag sind Sie auch heute wieder zu beschließen im Begriff. Damit ist doch nichts gethan. Wenn diese ganze Rederei einen

Zweck haben soll, dann müßten doch Diejenigen, welche die Klage erheben, daß die Abgeordneten nicht genug agitirt haben, erst nachweisen, ob die genannten Abgeordneten wirklich nicht agitirt, wirklich keine Versammlungen abgehalten haben, ob sie auf der Bärenhaut lagen und thatsächlich mehr hätten agitiren können, als geschehen ist. Dieser Nachweis ist nicht zu erbringen. Die Singer, Bebel, Liebknecht, Vollmar, Grillenberger haben unendlich viel Versammlungen abgehalten, viel mehr, als ihrem persönlichen Wohlbehagen zuträglich ist, und viel mehr, als wegen der Arbeiten, welche diese selben Männer im Parteiinteresse auszuführen haben, gut und am Platze ist. Ja, heißt es, hier oder da hätte Bebel noch eine Versammlung abhalten können. Darüber sind wir ja Alle einig: nicht daran liegt es, daß Bebel nicht genug Versammlungen abgehalten hat, sondern daran, daß sich nicht einer der Genossen daran gemacht hat, ein halb Dutzend Bebels und Liebknechts fertig zu machen. (Heiterkeit.) So lange Sie das nicht thun, und das dürfte doch schwierig sein, (erneute Heiterkeit) so lange hilft alles Reden nichts. Lesen Sie doch die Blätter, zählen Sie doch die Versammlungsannoncen zusammen! Diese Erörterungen sind eben heute wie seit 25 Jahren in die Luft hineingeredet worden. Dasselbe gilt von den Wünschen, die wegen der Agitationsbroschüren, der Flugblätter, speziell für die Landagitation, wieder laut geworden sind. Wir brauchen solche Schriften, das wissen wir Alle, aber wir können doch nicht bloß beschließen, daß der Partei-Vorstand alle diese Dinge machen soll. Man verlangt passende Jugendliteratur, recht schön; geeignete Flugblätter für die Landagitation, ja, wem in der Welt liegt denn das Geringste im Wege, eine derartige Literatur zu schaffen, derartige Broschüren zu schreiben? Der Wunsch ist so alt wie die Parteiagitation. Mögen sich die Genossen doch dransetzen und diese Sachen schreiben, sie werden mit Handkuß von den Verlegern und mit Vergnügen vom Partei-Vorstand genommen werden. Was helfen uns die Beschlüsse, wenn uns die Möglichkeit der Ausführung fehlt? Das hat auch Fischer gegenüber dem Antrag der Frankfurter gesagt, nicht einen Vorwurf persönlicher Art wollte er aussprechen. Wenn es blos aufs Beschließen ankäme, ginge heute nicht Einer aus dem Saale hier, der nicht eine Million in der Tasche hätte. Unsere Wünsche dürfen nicht weiter gehen als unser Können.

Was den Antrag Düsseldorf betrifft, so ist er absolut undurchführbar, so lange die Genossen, welche ihn vertreten, uns nicht direkt sagen, der und der soll drinnen im Parlament bleiben, der und der draußen im Lande Agitation treiben. Kommt es aber dazu, dann werden alle Anderen schreien, nein, das geht nicht, unsere gewandtesten Parlamentsredner müssen drin bleiben! Aber nun

sollen sie auch draußen thätig sein, — wir im Bureau erleben es ja täglich, daß man einen Abgeordneten nach draußen verlangt. Gut, sagen wir, wir schicken Euch Müller. Ach nein, heißt es dann, Müller nicht, der Bebel soll es sein. (Heiterkeit.) Bebel soll also im Reichstag die guten Reden halten und gleichzeitig auch draußen: wir müssen also mehr Bebel haben!

Noch eine Erklärung persönlicher Art wollen Sie mir gestatten. Ich möchte nicht gern, daß die Genossen wieder auseinander gingen im Unklaren über das, was geredet wurde — und was ja sehr persönlich war — über den Verkehr von dem Bureau aus mit den Genossen. So lange nicht konkrete Fälle angeführt werden, in denen ich mich in einer Weise den Genossen gegenüber betragen haben sollte, wie es sich nicht geziemt, so lange kann ich auf diese Persönlichkeiten nicht antworten. Zu sagen, der Auer sei grob, ist sehr billig, aber bei welcher Gelegenheit? (Heiterkeit.) So lange bloß allgemeine Behauptungen aufgestellt werden, kann ich mich nicht vertheidigen, denn daß ich kein Ausbund von Höflichkeit bin, weiß ich selber.

Etwas anderes ist die Angelegenheit Przytulski. Dem Antrag Grünwald widersetze ich mich durchaus nicht. Ich würde darüber kein Wort äußern, wenn nicht die Begründer und Befürworter des Antrages es so dargestellt hätten, als ob man, wie sich Genosse Grünwald ausdrückte, einfach erklärt habe, Przytulski sei ein Schurke. Meinerseits ist das nicht geschehen. Ich will Ihnen den Fall ganz kurz erzählen, und dann mögen Sie selber entscheiden; Sie haben die Sache hier öffentlich vorgebracht und müssen nun auch die Erwiderung öffentlich anhören, denn das gilt nicht, sich hier hinstellen, öffentlich von „Schurke“ reden und dann die Sache in einer Kommission begraben. Wie ist die Sache? Ich habe über Przytulski öffentlich nach keiner Richtung ein Wort gesagt. Was in weitere Kreise kam, ist in dieselben gekommen gegen meinen ausdrücklichen Wunsch. Zu der Zeit, als im vorigen Jahre der Brüsseler Kongreß tagte, kam zu mir auf das Bureau — ich war allein — ein Mann, der mir Mittheilungen machte über den Brüsseler Kongreß, ein Mann, von dem ich die Gewißheit habe und andere auch, daß er uns öfter schon Mittheilungen machte, die sich nachher als absolut wahr bestätigt haben. Er theilte mir mit, daß 14 Tage ungefähr vor dem Kongreß ein Polizist in Brüssel gewesen sei, um die nöthigen Vorbereitungen zu treffen. Er theilte mir weiter bestimmte Namen von Personen mit, welche in Brüssel lebten und mit denen dieser Polizeibeamte verkehrte. Daneben wurde auch Przytulski genannt und gesagt: „Seien Sie vorsichtig!“ Was sollte ich thun? Ich konnte den Fall nicht untersuchen. Es wäre sehr thöricht, anzunehmen, daß die Polizei sich für einen internationalen Kongreß wie den Brüsseler nicht interessirte. Daß bei

solchen Gelegenheiten auch Subjekte da sind, die der Polizei zu Diensten sind, ist selbstverständlich. Die Thatsache, daß ein Polizeibeamter da war, war uns ganz gleichgiltig, denn mit dem Wegfall des Sozialistengesetzes haben wir gar nichts mehr zu fürchten. Anders war es mit den Polen. In Brüssel fand eine Zusammenkunft polnisch-russischer Sozialdemokraten statt, in der die Landesangelegenheiten besprochen wurden. Was für uns und die deutschen Polen gleichgiltig sein kann, kann für die russischen und österreichischen Polen unter Umständen sehr unangenehm werden, wenn es die Polizei erfährt. Und so konnte ich nichts weiter thun, als die Polen davon zu benachrichtigen, und zwar auf dem Umwege durch die deutschen Genossen. Jene Mittheilung kann falsch sein, ich weiß es nicht, aber sie kommt von einer gut informirten Seite. Später kam ein in Berlin lebender Pole zu mir und fragte mich in dieser Angelegenheit. Ich sagte: So und so ist es, Beweise habe ich keine. Ich hielt mich nur verpflichtet, im Interesse der russischen und österreichischen Polen die Mittheilung zu machen. Und ich fügte ausdrücklich hinzu: „Bringt aber unter keinen Umständen die Geschichte in die Oeffentlichkeit! Meine Pflicht war es, Euch zu warnen, die Eurige, gegen Przytulski auf der Hut zu sein!" Die polnischen Genossen, die gegen Przytulski schon Verdacht hatten, haben ihm nun in ihrer Weise die Sache an den Kopf geworfen und gesagt: der Partei-Vorstand hat dies gesagt. Diese letztere Handlung ist zum mindesten taktlos gewesen. Was sollte ich thun? Sollte ich schweigen? Bewahrheitete sich hinterher die Sache, und es passirte ein Unglück, dann konnte ich doch später nicht sagen, ich hätte die Sache schon gewußt. (Zustimmung.) Hier ist einfach die Pflicht stärker als das persönliche Wohlbefinden. Nach meinem persönlichen Geschmack hätte ich geschwiegen. Für die Taktlosigkeit der polnischen Genossen kann ich nicht. Przytulski hat mir übrigens selbst gesagt: „Ich begreife Ihre Handlungsweise, ich hätte unter Umständen auch so gehandelt." Verfolgen Sie die Angelegenheit, dazu haben Sie ein Recht. Mag die Kommission entscheiden, ob ich hätte anders handeln können. (Beifall.)

Mahlke-Flensburg: Ich verstehe nicht, wie Fischer behaupten konnte, es sei schwer, populäre, verständliche Schriften abzufassen. In meinem Wahlkreise herrscht die dänische Sprache vor. Wir glaubten auch unter der dänisch redenden Bevölkerung etwas thun zu müssen und wandten uns deshalb an dänische Parteigenossen um Agitationsbroschüren. Ich habe nun gefunden, daß die dänische Parteiliteratur, Agitationsschriften und Broschüren, bedeutend verständlicher geschrieben ist als die deutsche, und ich wünschte, daß man sich die dänische Literatur zum Muster nehme, beispielsweise das „Zwiegespräch auf dem Lande". Unsere deutschen Schriften sind viel zu theuer; in Dänemark kostet Marx' Kapital 4,50 bei uns 17 Mark.

Ein von Mittag-Halle beantragter Schluß der Diskussion wird abgelehnt.

Meist-Köln: Die Zentralstelle kann nicht alle Wünsche und Bedürfnisse der einzelnen Landestheile kennen und befriedigen, weil ihr trotz der Fühlung mit einzelnen Personen der Charakter der einzelnen Bevölkerungsschichten fremd bleibt. Agitationsschriften allgemeinen Charakters kann die Parteileitung allerdings beschaffen. In diesem Betracht bin ich von meinen Mandatgebern beauftragt worden, die Frage anzuregen, ob es nicht an der Zeit sei, gegenwärtig, da die Gemüther durch die Militärvorlage sehr lebhaft erregt sind, ein Flugblatt im ganzen Reiche zu verbreiten, welches den Militarismus kurz behandelt, die indirekten Steuern und die Lasten des Volkes u. s. w. Zur mündlichen Agitation haben wir nach Kräften beizutragen. Ich persönlich halte es für verkehrt, gerade immer die ersten, an der Spitze stehenden Agitatoren zu fordern. Wir müssen die Genossen dahin zu erziehen suchen, daß sie sich davon losmachen, immer ein Paradepferd vorreiten zu lassen, um Effekt zu erzielen. — Was die Besoldung der Redakteure des „Vorwärts" betrifft, so meine ich auch, daß wir daran denken müssen, daß wir eine proletarische Partei sind (Zustimmung) und den Charakter der proletarischen Partei hoch halten müssen. Es ist begreiflich, daß jene Honorare draußen im Lande zum Theil ein Kopfschütteln hervorrufen. Andererseits versteht es sich von selbst, daß in der Leitung eines Zentralblattes akademisch gebildete Leute sein müssen, und solche Leute haben vermöge ihrer Erziehung und Bildung ganz andere Lebensgewohnheiten als die Söhne der Proletarier. Ich stehe entschieden auf dem Standpunkt, daß diejenigen Kräfte, die sich in den Dienst unserer Sache stellen, derart honorirt werden müssen, daß des Lebens Sorgen von ihnen fern gehalten werden. Ferner meine ich auch, daß hier auf dem Parteitag die Gehälter der Redakteure festgestellt werden können. Es würde vor dem Lande einen viel besseren Eindruck machen, wenn der Parteitag sich damit einverstanden erklärte, daß die und die Personen auf Grund ihrer Leistungen so und so honorirt werden. Ich beantrage ausdrücklich, daß der Parteitag darüber einen Beschluß faßt. Die Monita in Bezug auf die „Neue Welt" theile ich. In Bezug auf Beschaffung einer Jugendliteratur hat der vergangene Parteitag einen Beschluß gefaßt, es ist aber bisher nichts geschehen. Wollen wir das Rechtsbewußtsein der heranwachsenden Jugend befestigen und sie für unsere Ideale erziehen, so müssen wir eine Literatur schaffen, welche für sie geeignet ist. Auch darüber sollte sich der Parteitag noch einmal schlüssig machen. (Beifall.)

Bebel: Ich möchte den Partei-Vorstand bezüglich der sogenannten Maifestzeichen persönlich vertreten. Ich war fest überzeugt, daß die Sache hier zur Sprache kommen würde, und ich muß mich

als denjenigen bezeichnen, der die moralische Verantwortung zu tragen hat, als Anreger dieser Sache. (Ruf leider!) Was war der Grund? Die letztjährige Maifeier fiel auf einen Sonntag, da sagte ich mir, wenn überhaupt festgestellt werden soll bei der Zusammenkunft, wer zu uns gehört, dann wird es entschieden nothwendig sein, unseren Genossen Erkennungszeichen zu geben. Damit erklärte sich die große Mehrheit des Vorstandes und auch der Reichstagsfraktion einverstanden. In Bezug auf die praktische Ausführung kamen wir aber in Verlegenheit. Die Zeit war sehr weit vorgerückt, die Festzeichen sollten billig, schön und gut sein. Wir waren in der Konkurrenz, in den Versuchen, passende Zeichen zu bekommen, außerordentlich beschränkt, und so ist schließlich in der kurzen Zeit etwas zustande gekommen, von dem wir alle ohne Ausnahme selbst nicht erbaut waren. Nachdem aber einmal der Anfang gemacht war, die Zirkulare zur Bestellung ausgegeben waren, blieb nichts übrig, als das Ding um jeden Preis auszuführen. Vorletztes Jahr haben wir dieselbe Erfahrung mit der Maifestnummer gemacht; sie hat keinen Menschen befriedigt, die diesjährige Festnummer ist schön und gut ausgefallen. Wenn dauernd die Maifestzeichen eingeführt werden sollten, so würde man schließlich eins machen, welches allen Anforderungen entspricht. Es war nicht unsere Absicht, aus diesen Zeichen irgend einen Gewinn herauszuschlagen. Daß wir trotzdem einen Ueberschuß von mehr als 5000, nicht von 500 M., erzielt haben, ist doch eine Genugthuung; aber beschließt der Parteitag nicht ausdrücklich, ein solches Zeichen künftig einzuführen, wir thun es nicht. — Was das Gehalt der „Vorwärts"-Redakteure betrifft, so ist es eine außerordentlich unangenehme Sache, über diese Frage, bei der es sich um einen alten verdienten Parteigenossen handelt, hier öffentlich, coram publico, vor der ganzen Welt zu debattieren, und ich fürchte sehr, wenn es Mode wird, die Gehaltsfrage zu debattieren, daß ein großer Theil der Redakteure sich sehr stark bedanken wird, ein solches Amt anzunehmen. (Sehr richtig!) Ich erkläre ausdrücklich, daß der gegenwärtige Chefredakteur des „Vorwärts" mit dem größten Widerstreben nach Berlin gegangen ist. Es hat Mühe gekostet, ihn hierher zu bringen. Er ist jedenfalls nicht schuld, daß dieses Gehalt geboten wurde. Andererseits erkläre ich zugleich, daß wir in dieser Gehaltsfrage nichts gethan haben, was nicht durch die hier in Berlin üblichen Gehälter berechtigt wäre. Es mag den Proletariern im Lande unverständlich sein, wenn von 6—7000 Mark die Rede ist; wollen wir aber auf tüchtige geistige Kräfte reflektiren, so müssen wir sie so bezahlen, wie es in der bürgerlichen Presse üblich ist. Ich fürchte sehr, daß die Aeußerungen, die in dieser Frage gemacht werden, moralisch nach verschiedenen Seiten der Partei schaden werden. Es ist ein sehr beliebtes Wort der Gegner, „was

will die Sozialdemokratie? sie will proletarisiren, alles heruntersetzen", während das Gegentheil richtig ist, während wir alles erhöht sehen, alle Kulturmittel Allen zuwenden wollen. Haben wir nicht 10 Mk. als Minimallohn und daneben Verdienste von 40 Mk. für Schriftsetzer pro Woche? Stößt man sich an derartige Forderungen, dann zwingt man verschiedene Personen in unserer Partei mit Nothwendigkeit, ihren Erwerb an einer anderen Stelle zu suchen, und den Schaden hat selbstverständlich die Partei zu tragen. Die Gehaltshöhe ist vom Parteitag nicht gut festzusetzen, weil es sich in einem Jahre um verschiedene Personen handeln kann. Der Parteitag könnte höchstens bestimmen: das und das Maximalmaß darf nicht überschritten werden. — Was die Haltung des „Vorwärts" betrifft, so haben sowohl der Partei-Vorstand wie die Redaktion anerkannt, daß es ein großer Fehler war, daß gewisse Vorgänge von allgemeinem Interesse für die Gesammtpartei — ich erinnere an die erste Stadtverordneten-Wahlversammlung — in dem „Vorwärts" nicht mit einem Wort erwähnt wurden. Es ist der größte Fehler, mit Rücksicht auf gewisse Skandale nichts zu veröffentlichen, weil sonst die gegnerische Presse es in reichlichem Maße thut und dann unsere Genossen draußen nicht wissen, was sie von der Sache zu halten haben. Daß auch sonst manche Mängel abzustellen sind, giebt jedes Mitglied der Redaktion zu. — In Bezug auf die Agitation ist auch meine Person genannt worden. Wenn ich allen Anforderungen in Bezug auf Referate genügen sollte, so reichten kaum 600 Tage im Jahre aus. Es ist schon physisch unmöglich, das ganze Jahr zu agitiren. Ich habe als Kassierer, Reichstagsabgeordneter 2c. auch noch andere Dinge zu thun. Dazu kommt die ungeheuere Korrespondenz und der Verkehr mit den verschiedensten Personen. Ich kann nicht sagen: „ich bin nicht für Jemand zu sprechen", weil ich nicht weiß, um was es sich handelt. Oft arbeite ich bis spät in die Nacht. Ich hatte meinem Verleger eine Arbeit für 1891 versprochen; jetzt werde ich froh sein, wenn ich sie ihm 1894 geben kann. Ich kann die Kassengeschäfte auch unbedingt nicht weiter führen wegen meiner anderen Geschäfte; das muß ich schon jetzt hier entschieden erklären. Liebknecht und Singer sind ebenfalls Reichstagsabgeordnete oder Stadtverordnete, wie sollen die alles machen! Nun sagt man: ja ihr braucht nicht immerwährend im Reichstag zu sein. Nachdem aber einmal die Fraktion so stark geworden ist, wie sie ist, können wir uns nicht der Verpflichtung entziehen, auch an den einzelnen Kommissionen theilzunehmen, nnd dazu sind wir eher zu wenig als zu viel. In der Regel ist nur der allerkleinste Theil der Fraktion in Berlin anwesend, weil man auch noch andere Pflichten zu erfüllen hat.

Den Antrag Augustin und Kiesel, wonach denjenigen Vertrauensleuten, welche nicht im Stande sind, den „Vorwärts" aus eigenen

Mitteln zu halten, derselbe gratis zugestellt werden soll, bitte ich entweder abzulehnen oder zu beschließen, daß überhaupt jeder Vertrauensmann ein Exemplar des „Vorwärts“ bekommt. Das wird sehr theuer sein, aber in der gegenwärtigen Fassung ist der Antrag nicht anzunehmen. Jeder Vertrauensmann muß das Blatt halten, da es das offizielle Blatt der Partei ist. Den Antrag Hoch bitte ich ebenfalls abzulehnen, wenn Sie nicht das Sekretariat zu einer rein bureaukratischen Maschine machen wollen, die für andere Sachen nicht zu gebrauchen ist.

Opificius-Bockenheim bittet, der Partei-Vorstand möchte im „Vorwärts“ in einer eigenen Bekanntmachung auffordern, daß alle Fälle von polizeilichen Lokalabtreibungen dem Vorstand mitgetheilt werden, damit dieser das Nöthige veranlaßt.

Mit Rücksicht darauf, daß der Sitzungssaal heute Abend anderweitig vermiethet ist, wird die weitere Verhandlung abgebrochen. Der Vorsitzende macht bekannt, daß eine weitere Anzahl von Begrüßungsdepeschen und -Schreiben eingegangen ist.

Schluß 6 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 16. November.

Vormittagssitzung.

Nach 9¼ Uhr eröffnet der Vorsitzende Singer die Sitzung. Das Schriftführeramt versehen Emmel, Geiger und Hoch.

Wiederum sind zahlreiche telegraphische und briefliche Anschreiben an den Parteitag eingelaufen. Die Genossen aus Lemgo theilen mit, daß der Genosse Schnitger in Lemgo zum Landtagsabgeordneten gewählt ist. (Beifall.) Die Redaktion des „Handlungsgehilfen“ in Wien sendet in Vertretung der Wiener Handlungsgehilfen dem Parteitag ihre Grüße. Durch den Genossen Sievers in Granada wird eine Begrüßungsadresse des sozialdemokratischen Vereins von Granada übersandt.

Vorsitzender und Schriftführer einer in Finsterwalde zum Zweck der Delegirtenwahl abgehaltenen Versammlung theilen mit, daß, da Zubeil wegen seiner Beschäftigung als Vorsitzender des Lokalkomitees für den Parteitag die Annahme eines Mandats für den Kreis Kalau-Luckau abgelehnt hat, dieses auf den Genossen Stabernack übertragen worden ist. Das Mandat wird ohne Weiteres für giltig erklärt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird die Wahl der Kommission von 7 Mitgliedern zur Untersuchung der Solinger Angelegenheit vorgenommen. Vom Genossen Salzberg-Barmen ist eine Vorschlagsliste eingereicht. Es wird beschlossen, diese Liste

B

durch weitere Vorschläge zu ergänzen, die Namen sämmtlicher Vorgeschlagenen auf Listen drucken und diese vertheilen zu lassen, so daß die Listen als Stimmzettel benutzt und am Anfange der Nachmittagssitzung eingesammelt werden können. Mit der Feststellung des Resultats wird die Mandatsprüfungskommission beauftragt.

Metzner theilt mit, daß Stadthagen heute und morgen nicht auf dem Parteitage anwesend sein kann.

Genosse Geck-Offenbach hat wegen Todesfall in der Familie den Parteitag verlassen müssen.

Hiernach wird die Diskussion über

Punkt 1 und 2 der Tagesordnung

fortgesetzt. Mit zur Diskussion steht der Antrag der Kontroleure auf Ertheilung der Decharge an den Parteikassirer. In Bezug auf die inzwischen eingegangenen Anträge stellt der Vorsitzende jetzt die Unterstützungsfrage. Da hierbei der Antrag Hoch-Frankfurt (s. o.) nicht genügende Unterstützung findet, scheidet er aus der Verhandlung aus. Auch für den Antrag Spaar-Darmstadt: der Vorstand soll eine Liste sämmtlicher Partei-Redner nebst Qualifikationsangabe von den Vertrauensleuten einfordern, reicht die Unterstützung nicht aus.

Dagegen werden genügend unterstützt und stehen daher mit zur Diskussion die Anträge:

1. Augustin, Kiesel: Der Parteitag möge beschließen, denjenigen Vertrauensleuten, welche nicht im Stande sind, den „Vorwärts“ aus eigenen Mitteln zu halten, denselben gratis zuzustellen.

2. L. Grünwald: Beantrage, daß eine Kommission von fünf Mitgliedern gewählt wird, um die Sache des Przytulski sofort zu untersuchen und diesem Parteitage zur Entscheidung zu unterbreiten.

3. Litzinger und Gen.: Um die Agitation in den ländlichen Kreisen planmäßig zu gestalten, beschließt der Parteitag, den Partei-Vorstand zu beauftragen, für die Zukunft die Unterstützungen nicht mehr an einzelne Genossen, sondern an die in den Kreisen gewählten Agitations-Kommissionen resp. Kreis-Vertrauensleute zu leisten. Diese haben über die Verwendung der Gelder alvierteljährlich Rechenschaft abzulegen.

4. Mahlke: Der Parteitag möge beschließen: „Die Parteiliteratur möglichst in den Verlag der Partei zu nehmen, um zu einem billigeren Preise herstellen und verabfolgen zu können, da solches zu einer erfolgreichen Agitation erforderlich ist.

5. Schulze-Bernburg: Eine Kommission von 5 Personen zu ernennen, welche die Druck- 2c. Preise des „Vorwärts“ prüft.

6. Baudert-Apolda: „Den Vertrauensmännern den „Vorwärts“ auf Kosten der örtlichen Parteikasse zu liefern.“

B

Krahl-Spremberg: Wenn man die ländliche Agitation wirksam betreiben will, muß man mit der Auswahl der Genossen, die aus den Städten damit beauftragt werden, sehr vorsichtig sein. Die Glaubensgrundsätze spielen jetzt auf dem Lande noch eine große Rolle, zumal in der ganzen Niederlausitz, wo das Wendenthum vorherrschend ist; und die schwarze Kurie thut ja auch das ihrige, um die Leute gegen uns zu beeinflussen. In Bezug auf diesen Punkt muß also mit den Leuten nothwendiger Weise höchst schonend umgegangen werden. Man muß ihnen vornehmlich die Zustände vor Augen führen, unter denen sie thatsächlich leiden. Redner schildert eingehend die Verschuldung und den Rückgang des Kleingrundbesitzes. Darum soll man die Leute nicht theoretisch-wissenschaftlichen Sozialismus lehren wollen, den verstehen sie nicht, sondern es muß mit geeigneten Broschüren und von Mund zu Mund agitirt werden. Von der Vergesellschaftlichung des Grund und Bodens zu sprechen, halte ich noch für verfrüht, das wird häufig mißverstanden, und kommt außerdem nachher ganz von selbst; ich habe das häufig erfahren. Für die ländliche Agitation muß also unzweifelhaft mehr als bisher geschehen; ohne Verschmelzung mit dem ländlichen Proletariat ist der Sieg unserer Prinzipien nicht möglich! (Beifall.)

Der Antrag Hoch-Frankfurt wegen der vom Vorstande aufzustellenden Versammlungstabelle wird von Legien wieder aufgenommen und findet jetzt ausreichende Unterstützung.

Legien: Mit dem, was Bebel gestern bezüglich der Lotterie-Annoncen ausgeführt hat, bin ich vollständig einverstanden. Anders gestaltet sich aber die Sache, wenn in einem Parteiorgan mit dieser an sich verwerflichen Empfehlung von Lotterien die nicht minder verwerfliche Unterstützung von Kirchenbauten empfohlen wird. Der Fall, den ich im Auge habe, betrifft nicht den „Vorwärts", sondern die „Münchener Post". Am Schlusse des redaktionellen Theils, unter dem Strich, aber für den mit den Zeitungseinrichtungen nicht so genau vertrauten Durchschnittsleser gleichsam noch zum redaktionellen Theil, zu den Meinungsäußerungen der Redaktion gehörig, waren dort verschiedentlich (Redner verliest mehrere) Reklamen für derartige Kirchenbaulotterien aufgenommen. Eine solche Handlungsweise der Redaktion ist nach keiner Richtung zu verantworten, hier ist unbedingt eine Korrektur erforderlich, und ich hoffe, die Erwähnung der Thatsache wird genügen, derartiges aus unseren Parteiorganen für die Zukunft zu verbannen.

Von den Anträgen will ich nur die von Hoch und Grünwald näher beleuchten. Den Antrag Hoch empfehle ich in folgender Form zur Annahme:

„In dem Bericht des Partei-Vorstandes ist für die Zukunft anzugeben: eine genaue nach Wahlkreisen geordnete Tabelle der erstens auf Veranlassung des Partei-Vorstandes abgehaltenen Versammlungen nebst Namen der Referenten, und zweitens der gratis verschickten Schriften."

Der Antrag hat in seinem ersten Theile seine volle Berechtigung. Den letzten Satz des ursprünglichen Antrages habe ich weggelassen, weil das Geforderte entbehrlich und nahezu unausführbar ist; eine Uebersicht über die agitatorische Thätigkeit der Reichstagsabgeordneten und der Vorstandsmitglieder ist durchaus zweckmäßig. Der Antrag ist sogar in gewisser Beziehung für den Vorstand selbst und die Fraktion insofern dienlich, als dann die gestern vernommenen Beschwerden fortbleiben würden, weil die Uebersicht klipp und klar nachweisen wird, daß thatsächlich die Kräfte bis aufs Aeußerste angespannt worden sind. Der Antrag Grünwald wird zweifellos angenommen werden. Nach den Ausführungen Auer's steht es ja fest, daß dieser ganz richtig gehandelt hat; aber dadurch wird der betreffende Genosse nicht rehabilitirt, und darauf kommt es eben an.

Lutz-Pritzwalk: Ich bin beauftragt worden, hier dafür einzutreten, daß auch die Priegnitz mehr mit rednerischen Kräften bedacht wird. Die Pritzwalker Genossen haben wiederholt an die Parteileitung das Ersuchen gerichtet, eine namhafte Kraft hinzusenden, einerseits um uns im Kampfe um ein Versammlungslokal zu unterstützen, andererseits um durch die Zugkraft eines bekannten Namens die Indifferenten heranzuziehen. Was die religiösen Fragen betrifft, so halte ich ein Eingehen auf dieselben im Gegensatz zu dem Cottbuser Delegirten bei der Hausagitation für ganz angebracht.

Es sind zum Gegenstande der Tagesordnung noch zwei Anträge eingelaufen, von welchem derjenige von Reinhardt, eine ständige Fremdwörterrubrik im „Vorwärts" einzurichten, nicht die genügende Unterstützung erhält und mithin nicht zur Verhandlung gelangt. Dagegen wird der fernere Antrag: „Das Zentralorgan auf Kosten der örtlichen Parteikassen durch die Vertrauenspersonen halten und sammeln zu lassen" ausreichend unterstützt.

Ein Schlußantrag von Salomon-Wriezen wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgen zahlreiche persönliche Bemerkungen.

Vorsitzender Singer: Genosse Liebknecht ist in die Rednerliste eingezeichnet gewesen und durch den Schluß der Debatte verhindert worden, in derselben die gegen den „Vorwärts" gerichteten Ausführungen zu erörtern. Er stellt durch mich an den Parteitag den Antrag, ihm als den vielfach angegriffenen Chefredakteur zu einer Erklärung außerhalb der Diskussion das Wort zu ertheilen.

Einstimmig beschließt der Parteitag, dem Antrage Liebknecht's zu entsprechen.

W. Liebknecht: Es versteht sich ja von selbst und ist auch auf jedem früheren Parteitage, namentlich auf denen vor dem

Sozialistengesetz so gewesen, daß die Redakteure der Parteiblätter wie die Indianer am Pfahl stehen müssen, und daß auf sie Jeder mit Vorliebe seine Wurfgeschosse schleudert. Mit dem verglichen, was früher an Vorwürfen in dieser Beziehung vorgekommen ist, ist diesmal ganz merkwürdig wenig gegen das Parteiorgan eingewendet worden. Ich bin darüber ganz erstaunt. Ich selbst hätte weit mehr vorbringen können, denn niemand kennt die Mängel der Redaktion des „Vorwärts" besser als ich.

Zunächst ist der Redaktion ein Vorwurf daraus gemacht worden, daß ein Bericht von außerhalb nicht vollständig aufgenommen worden ist. Je nun, ein paar Zeilen an mich, und der Genosse würde beruhigt worden sein. Abgesehen von stilistischen Mängeln in vielen Einsendungen, sind diese so zahl- und umfangreich, daß eine unverkürzte Aufnahme unmöglich ist. Wollten wir alle Einsendungen von außen in den „Vorwärts" bringen, so würden wir ein vier- oder fünf Mal so großes Blatt nöthig haben. Wenn darauf hingewiesen wird, das in Bezug auf Berlin theilweise viel unwichtigere Dinge sehr ausführlich wiedergegeben sind, so weise ich darauf hin, daß der „Vorwärts" auch das berliner Lokalblatt ist, und wir deshalb genöthigt sind, die berliner Verhältnisse in dem lokalen Theile entsprechend zu berücksichtigen. Gewiß ist nicht immer den von außen kommenden Sendungen gegenüber vollkommen gerecht oder korrekt verfahren worden. Das ist aber in keinem Fall böser Wille gewesen, sondern liegt daran, daß die vorhandenen redaktionellen Kräfte, erstens nicht unfehlbar, und zweitens daß sie überarbeitet sind. Als ich nach Berlin kam, war ich von dem Gedanken erfüllt, daß die größte Partei Deutschlands auch das redaktionell bestgeleitete Blatt haben müsse; aber bald habe ich mit dem Kopfe mich an den harten Verhältnissen gestoßen. Wir sind eine junge Partei, und die Redakteure lassen sich nicht aus dem Boden stampfen.

In der Redaktion des „Vorwärts" haben wir uns allezeit die größte Mühe gegeben, unsere Schuldigkeit zu thun. Wir leisten, was wir können; das Blatt ist aber nicht genügend mit redaktionellen Kräften versehen. Die Bourgeoisie hat geschulte Kräfte im Ueberfluß — wir müssen sie erst heranziehen. Und das ist außerordentlich schwer und geht nicht im Handumdrehen. Aber für die Kürze der Zeit und ich spreche hier nicht blos vom „Vorwärts", ist bereits Außerordentliches geleistet worden. Dem Fremden, der nach Amerika kommt, fällt sofort auf, wie unfertig, wie wenig ausgearbeitet in diesem Riesenlande die Einrichtungen und Dinge vielfach sind, im Vergleich mit unserer alten Welt; das Land ist noch zu groß für die Menschen — sie müssen der Hauptsache das Detail, die Schönheit opfern. Wir befinden uns in ähnlicher Lage; wir sind eine Riesenpartei, und wie in Amerika die Menschenkräfte im Verhältniß zu dem Riesenlande noch klein sind, sodaß nur das Wichtigste gethan, das weniger Wichtige aber bei Seite gelassen werden muß, so reichen bei uns die geschulten Kräfte für die Größe der Partei noch nicht aus — und da muß man die Hauptsache zunächst im Auge haben, und Manches wird vernachlässigt. Und im Kleinen ist es so in unserer Redaktion. Nur das Wichtigste kann oft in der Eile der Herstellung besorgt werden. Dabei ist der zweite Redakteur, der mit mir den politischen Theil hat, Dr. Schönlank, jetzt krank, durch seine frühere Thätigkeit zu Schanden gearbeitet. Wenn hier gestern ein Delegirter lieber Hausdiener beim „Vorwärts" als Redakteur anderswo sein wollte, so kann ich ihm umgekehrt versichern: ich habe hundert Mal gedacht: lieber Hausknecht anderswo als Redakteur beim „Vorwärts". Der sozialdemokratische Redakteur ist nicht Herr seiner Zeit, wie der der Bourgeoisie; der hat nicht die häufigen Scheerereien, nicht Besuche der Polizei, nicht die Prozesse, nicht die Arbeitspausen im Gefängniß. Dazu kommt als weiteres erschwerendes Moment die Agitation und die Agitationsreisen. Ich habe den „Vorwärts" hundert Mal bedauert, daß er mich zum Chefredakteur hat; denn ich bin ja auch Agitator, ich kann nicht jeden Tag in der Redaktion sein, nicht vom Morgen bis zum Abend im „Vorwärts bleiben, wie das nöthig wäre. Ich soll ja auch die Agitation betreiben, Versammlungen halten, im Reichstage sein. Das Alles muß berücksichtigt werden. Wir haben unendlich zu arbeiten. Viel lieber wäre ich in Leipzig geblieben; ich hätte mich dort persönlich weit besser gestanden und wohl ebensoviel für die Partei thun können. Aber, man stellte mich hierher, ich folgte dem Ruf und habe meine Pflicht gethan. Ich will mich gewiß nicht loben; niemand kennt so gut wie ich das Unzulängliche der Leistungen. Allein meinen Kollegen bin ich schuldig es zu sagen: wer bedenkt, wie die Redaktion des „Vorwärts" vor einem Jahre, wie sie vor zwei Jahren war, und wie sie jetzt ist, der muß ehrlicher Weise zugestehen, daß die Redaktion sich fortdauernd gebessert hat, und daß unsere Arbeit nicht umsonst war. Uebrigens, wie schon angedeutet, warum erst hier auf dem Kongresse solche winzigen Beschwerden vorbringen? Ein Brief an mich hätte Prüfung und Aufklärung erwirkt. Ich bin stets bereit, das Recht der Genossen und der Redaktion zu wahren. Hoffentlich wird das für die Zukunft beherzigt.

Einer der Delegirten hat gemeint, die politische Uebersicht tauge nichts — wer sie drei Monate gelesen habe, kenne sie auswendig. Nun, ich schreibe diese Uebersicht zum Theil selbst; ich bin aber dem Genossen für sein Urtheil nicht böse. Andere denken anders, und Jeder hat das Recht seiner Meinung. Die Freunde sagen ja immer bitterere Dinge als die Feinde.

Die Polemik mit den Unabhängigen — heißt es von anderer Seite — soll nicht taktvoll gewesen sein, wir hätten die Leute ganz

B

B

ignoriren sollen. Von anderer Seite heißt es, wir hätten uns nicht genug mit ihnen beschäftigt. Das Eine und das Andere weise ich zurück. Es ist nicht möglich gewesen, sie ganz zu ignoriren. Von ihnen selbst haben wir möglichst wenig geredet, denn es wäre eine Thorheit auf das Geschimpf von Leutchen zu reagiren, die für sich Null und Nichts sind, und von denen man nichts hören würde, wenn das Mikrophon der Bourgeoispresse nicht aus jedem „unabhängigen" Flohhusten einen Donner des jüngsten Gerichts machte. Nicht auf die kleinen Spektakelmacher, wohl aber auf die großen Bourgeoisblätter, die mit den kleinen Leutchen viel Lärm machten, mußten wir mitunter reagiren.

Was nun die Gehaltsfrage betrifft, die mich persönlich berührt, so möchte ich zunächst einen Ausdruck Bebels richtig stellen, und feststellen, daß ich keine Repräsentationskosten habe, und keine haben will. Ich repräsentire nichts, als mich selbst, und ich mache keinen Aufwand irgend welcher Art. Was ich einnehme, brauche ich für meine Familie. Mein Gehalt wird Manchem hoch erscheinen, aber ich kann unmöglich mit weniger auskommen, wenn ich meinen Kindern die Erziehung geben will, deren sie bedürfen, um für den Kampf ums Dasein möglichst gerüstet zu sein. Ich will sie für diesen Kampf bereit machen, der ihnen nicht leicht sein wird. Ich selbst bin so arm, wie einer von Ihnen; ich habe einen Theil meines Lebens proletarischer gelebt, als vielleicht der Aermste von Ihnen, und für meine Person lebe ich wie ein Proletarier und habe Proletarierbedürfnisse. Das weiß Jeder, der mich kennt, und Jedem, der mir das Recept giebt, wie ich billiger leben kann, dem werde ich sehr dankbar sein. Das Gehalt, das mir die Partei giebt, reicht hierzu nicht einmal aus. Ich würde nicht auskommen, wenn ich nicht durch Neuauflage meiner Schriften u. s. w. noch Nebenverdienst hätte. Verlangt die Gleichheit etwa, daß wir Alle auf ein Niveau des Lohnes oder Einkommens herabgedrückt werden? Sie, die Sie hier sitzen, sind ja zum größten Theil auch gewissermaßen Aristokraten unter den Arbeitern — ich meine in Bezug auf die Einnahme. Die arbeitende Bevölkerung im sächsischen Erzgebirge, die Weber in Schlesien würden das, was Sie verdienen, für ein Krösus-Einkommen ansehen. Was würden Sie sagen, wenn die Weber forderten, Niemand solle ein höheres Einkommen haben, als sie selber? Wollen denn wir, die wir ein menschenwürdiges Dasein erstreben, den Ausgleich nach unten suchen? In der bürgerlichen Gesellschaft ist die Gleichheit eben unmöglich. Ich suche für meine Kinder zu erreichen, was ich kann, aber wahrlich nicht auf Kosten der Partei. Als ich vor 25 Jahren Redakteur wurde, hatte ich zuerst 60 Mark Monatsgehalt. Ich habe für die Partei viele Jahre lang umsonst gearbeitet und würde auch heute nichts verlangen, wenn ich, statt mein natürliches Erbtheil im Dienste der Partei zuzusetzen,

mir ein Kapital hätte „ersparen" können. Ich bin nach langem Ringen allmählich in die Lage gekommen, Geld verdienen zu können, auch ohne die Partei. Die Partei ist nicht abhängig von mir und ich bin nicht abhängig von der Partei. Was ich jetzt verdiene, kann ich doppelt und dreifach verdienen, wenn die Partei mir sagt: ich brauche Deine Dienste nicht mehr. Ich bringe, indem ich in dieser Stellung verharre, ein Opfer, denn mein Einkommen als Journalist und Schriftsteller könnte ein weit höheres sein, ohne daß ich meine Grundsätze zu verleugnen hätte. Unter das, was ich jetzt einnehme, kann ich nicht gehen, weil ich dann glauben würde, ein Verbrechen an meinen Kindern zu begehen, und dieses Opfer hat Niemand ein Recht, mir zuzumuthen. Mir persönlich muthe man zu, was man will, — ich bin mit Allem zufrieden; aber die Rücksicht auf meine Kinder kann ich nicht außer Acht lassen.

Ich wiederhole, in Bezug auf die Redaktionsthätigkeit thun wir, — Jeder von uns „Vorwärts"-Redakteuren — was wir können. Ich wäre sehr dankbar, wenn man mir Kräfte zeigte, welche die Arbeit besser verrichten können als wir und ich. Ich bemerke jedoch das Eine, daß für das geistige Vermögen die Selbsteinschätzung nicht so gilt wie für das materielle Vermögen. Wenn wir alle Die nehmen wollten, welche sich selbst für befähigt halten, dann würden wir mit vorzüglichen Redakteuren reichlich gesegnet sein. Aber diese Selbsteinschätzung stimmt sehr häufig nicht. Und hier ein Wort, da man uns Kliquenwirthschaft vorgeworfen hat. Niemand wird beim „Vorwärts", überhaupt in unserer Presse, zurückgewiesen, der etwas Tüchtiges leisten kann. „Radikale" Gesinnung war niemals ein Hinderniß. Im Gegentheil. Dem einzigen geistig Bedeutenden der „Unabhängigen" war seinerzeit das Anerbieten gemacht, in die Redaktion des „Vorwärts" einzutreten. Er lehnte es ab, nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern weil sein Gesundheitszustand ihm die aufreibende Arbeit nicht gestatte. Hier ist kein Ring! Jedenfalls kann in diesen Ring, wenn durchaus einer da sein soll, ein Jeder hinein kommen, der das nöthige Zeug und die nöthige Tüchtigkeit dazu hat! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Das Schlußwort erhält hierauf der Berichterstatter

R. Fischer: Es sind Ihnen eine Reihe von Anträgen vorgelegt worden, über die sich zu äußern auch wohl für den Vertreter des Vorstandes nothwendig ist. Was den Antrag Augustin betrifft, so hat gestern schon Bebel die Gründe gegen denselben auseinandergesetzt. Der Antrag, die Agitationsbeiträge nur an die Agitationskomitees zu übermitteln, ist sachlich überflüssig; diesen Wünschen ist seitens des Partei-Vorstandes überall entsprochen worden, sobald dieselben geäußert wurden. In einer ganzen Reihe von Fällen aber sind die Personen, an welche ausgezahlt wird, zugleich die-

jenigen, die hier als die Adressaten hingestellt werden. Es ist selbstverständlich das Recht der Parteigenossen an den einzelnen Orten, über die Beiträge aus der Parteikasse unterrichtet zu sein und über die Verwendung zu beschließen, aber in dieser Beziehung von dem bisherigen Modus abzuweichen, liegt gar kein Grund vor. Auch der im Antrage Mahlke liegende Wunsch ist schon bisher vom Partei-Vorstande so weit als möglich erfüllt worden. Was nun aber das „Kapital" und andere Schriften von Marx betrifft, so ist deren Verlagsrecht eben nicht in den Händen der Partei, sondern in denen des Hamburger Buchhändlers Meißner. Es steht uns keine Möglichkeit zu Gebote, in der angedeuteten Richtung Schritte zu thun. Auch über den Antrag wegen einer Liste, bez. Qualifikation sämmtlicher Parteiredner braucht man nicht viel Worte zu verlieren, um dessen Unmöglichkeit zu motiviren. Die Vertrauensleute der Partei sind zugleich die Agitatoren, die Redner der Partei. Wir müßten uns also bei den Betreffenden erkundigen, in welche Klasse sie sich selbst einschätzen. (Heiterkeit.) Ein fernerer Antrag will die Druckpreise des „Vorwärts" durch eine Kommission prüfen lassen. Selbstverständlich liegt für uns kein Grund vor, uns gegen einen solchen Antrag zu stellen, der Partei-Vorstand hat nichts zu verbergen; wenn aber diese Kommission Werth haben soll, ist es nöthig, daß die fünf Personen auch die technischen Kenntnisse und Fähigkeiten besitzen, ein maßgebendes und zutreffendes Urtheil zu fällen. So wenig ich in einer Lederwaarenhandlung die Lederpreise kontroliren kann, so wenig wird jemand, der mit der Buchdruckerei und den hiesigen Preisen und Verhältnissen nicht vertraut ist, in dieser Kommission mit Erfolg wirken können.

Im Laufe der Generaldebatte sind einige Bemerkungen gefallen, die thatsächliche Unrichtigkeiten enthalten. Johannes-Leipzig hat angeführt, daß von uns dem Wunsche nach Uebersendung von Flugschriften nur in ungenügendem Maße Rechnung getragen worden und von uns beispielsweise an ihn nur tausend Exemplare, die noch dazu dem Zwecke nicht entsprochen hätten, abgeschickt worden seien. Das ist vollständig falsch. Der Partei-Vorstand hatte damit gar nichts zu thun. Die Hallenser Genossen sind an den Vorstand herangetreten mit dem Vorschlage, ein Flugblatt in der Auflage von 50 000 herstellen zu lassen und gratis im Saalkreise zur Vertheilung zu bringen. Der Vorstand hat die nöthige Summe bewilligt. Nach der Verbreitung stellte sich heraus, daß das Quantum nicht genügte. Da kamen sie wieder und wollten eine Neuauflage von 20 000. Auch dem ist unsererseits entsprochen worden. Es war Sache der Hallenser zu beurtheilen, wie viel Exemplare nach jedem Orte versandt werden sollten. Wenn die Bernburger sich benachtheiligt fühlten, hätten sie sich mit den Genossen in Halle auseinander zu setzen. Der Partei-Vorstand hat

mit Versendung und Vertheilung nichts zu thun. Ein fernerer Beschwerdepunkt bezieht sich darauf, daß Briefe vom Parteisekretariat um preußischen Unteroffizierston geschrieben sein sollen, daß man außerdem diesen Briefen ansehe, daß sie den Dingen nicht auf den Grund gehen. Das ist eine der Legenden, die in der Partei umgehen: Der Auer ist ein grober Kerl und der Fischer ist unter Umständen auch nicht ganz höflich. (Heiterkeit.) Wenn das im persönlichen Verkehr gesagt wird, so ist es einer jener schlechten Witze, die man hinnimmt und selber macht, aber hier vor dem Forum des Parteitages und der breiten Oeffentlichkeit sieht solch' eine Anschuldigung doch anders aus. Ist der Vorwurf ernst gemeint, dann verlangen wir, daß die betreffenden Briefe vorgelegt werden; dann wird sich zeigen, daß die Behauptung falsch ist. Viel eher hätten wir alles Recht zu klagen, daß schließlich die Parteisekretäre oft blos dazu da sind, als Blitzableiter für die üble Laune der Parteigenossen zu dienen. Ich muß also diese Angriffe ganz entschieden bis zum Beweise ihrer Wahrheit zurückweisen. Wie steht es mit dem sogenannten groben Brief in Wirklichkeit? Wenn wir das Geld schicken, das von der Parteileitung gefordert wird, wenn wir auf die Gesuche — und sei es auch nur mit drei Zeilen — antworten: „Ihr Gesuch ist bewilligt, das Geld geht noch heute von hier ab", dann sind das die höflichsten Briefe, die Briefe, die die Leute haben wollen. Wenn wir aber schreiben: „Wir haben Ihr Gesuch den Vorstand vorgelegt, wir haben die Sache untersucht, es ist gewiß bedauernswerth, daß Sie die Miethe nicht zahlen können, daß Sie arbeitslos sind u. s. w., aber die Mittel der Parteikasse können hierfür nicht verwandt werden", so sind das die „groben Briefe", gegen welche die Parteigenossen sich empören. Wie lag es speziell in dem Fall, der hier zum Anlaß der Beschwerde gemacht ist? Der betr. Genosse war durch Krankheit in Noth gerathen; Krankenunterstützung erhielt er nicht, weil er mit den Beiträgen im Rückstande war. Nun wandte er sich an den Partei-Vorstand, aber auch wir mußten das Unterstützungsgesuch ablehnen, weil wir eben keine Krankenunterstützungskasse sind. In allen solchen Fällen, wo keine politische oder polizeiliche Maßregelung vorliegt, können wir die Mittel der Partei nicht bewilligen, weil, was dem Einen recht, dem Andern billig sein würde. Wir können aber auch nicht jedes Mal 6 oder 8 Seiten lange Briefe schreiben, weil sehr viel zu thun ist und täglich eine große Menge Arbeit erledigt werden muß. Unsere Briefe sind sachlich und stets in dem Tone gehalten, welchen die Genossen von den Beamten der Partei beanspruchen dürfen.

Hoch-Frankfurt hat es als eine persönliche Kränkung empfunden, daß ich ihn fragte, warum er oder Schmidt nicht selber die von ihnen mitbeantragte Programmbroschüre schreiben. Ich habe diese Frage gestellt, weil wir doch alle voraussetzen können, daß die Be-

fähigung dazu bei beiden vorhanden ist. Ich habe damit blos die Schwierigkeit und Undurchführbarkeit ihres Antrages nachweisen wollen. Hoch meint, er habe als Tagesschriftsteller nicht die Zeit dazu. Ja, man kann doch solche Broschüren auch als Leitartikel bringen, den Satz stehen lassen und später für die Broschüre zusammenstellen. Dem Inhalt der „Frankfurter Volksstimme" hätte es gewiß nichts geschadet, wenn solche populär geschriebene Programmartikel in dem Blatte enthalten wären. Meine Fragestellung war ganz zutreffend, denn auch Hoch hat gemeint: wenn es nicht möglich ist, dann ist es eben nicht möglich! Und so ist es, es genügt eben nicht, eine solche Broschüre vom Partei-Vorstand beschließen zu lassen. Auch bezüglich der Agitation der Reichstagsabgeordneten liegt, so weit meine Ausführungen in Frage kommen, eine Mißdeutung vor. Es handelt sich nicht darum, entweder Parlamentsthätigkeit oder Agitation — so weit möglich, wird letztere heute schon gepflegt, fragen Sie Molkenbuhr, Frohme, Förster, Grillenberger, Bebel, Liebknecht u. s. w. — sondern darum: wo liegt die Grenze der Möglichkeit. Wir wenden uns nur dagegen, daß man immer und immer wieder mit solchen Anträgen an den Parteitag kommt, wo die Grenze der Belastung bereits erreicht ist. Der Antrag Hoch-Legien verlangt eine nach Wahlkreisen geordnete Tabelle der Versammlungen, nebst den Namen der Referenten. Ich meine denn doch, daß solche Aufträge einem Parteisekretariat, welches mit zwei Leuten besetzt ist, — und während der Reichstagssession ist Auer fast ständig abgehalten — nicht überwiesen werden sollen. Wenn wir weiter nichts zu thun hätten, wäre es etwas anderes. Aber bei unserer heutigen Arbeit, neben welcher wir auch noch agitiren sollen, ist es nicht möglich, solche Arbeiten zu machen, und die Zeit dafür wäre nicht nutzbringend angewandt. Wenn nur die von der Parteileitung veranstalteten Agitationstouren ausgeführt werden sollen, dann bekommen Sie kein Bild von der Tiefe und Ausdehnung der Partei-Agitation. Wie sollen wir nun aber diese Liste aufstellen? Wie kann der Partei-Vorstand das ohne Mitwirkung der Vertrauensleute zu Stande bringen, ohne die Mitwirkung der Genossen am Orte, wo die Versammlungen stattfinden? Und wie sieht es mit der Mitwirkung dieser Genossen in der Praxis aus? Da muß nun ich ein Klagelied anstimmen. Das Sekretariat hat z. B. übernommen, allmonatlich eine Strafenliste zusammenzustellen über alle Prozesse und Urtheile, die im Zusammenhang mit der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung stehen. Monat für Monat richten wir an die Genossen das Ersuchen, sie sollen uns die ergangenen Urtheile und das sonstige einschlägige Material mittheilen. Aber ganze Monate vergehen, ohne daß wir eine einzige solche Mittheilung empfangen. Von Frankfurt z. B. haben wir während des letzten Jahres meines

B

Wissens weder von Hoch, noch von Schmidt, noch vom Vertrauensmann auch nur eine Zeile über die dortigen Prozesse erhalten. In der Regel muß ich mich darauf beschränken, aus der Presse, der Parteipresse wie der gegnerischen, diese Notizen zusammenzuziehen. Genau so würde es gehen, wenn dieser Antrag angenommen würde. Er bleibt auf dem Papier, weil wir keine Möglichkeit haben, die Vertrauensleute zu dieser Pflichterfüllung zu zwingen, die sie oft auch nicht erfüllen können, weil sie in Folge von Maßregelungen zu oft den Wohnsitz wechseln, weil ferner eine Anzahl sonstiger Aufgaben auf ihnen lastet, welche ihnen für diese neue Thätigkeit gar nicht die nöthige Zeit lassen.

Genosse Grünwald meinte, der Kasseler Antrag, geeignete Agitationskräfte in die Provinzstädte zu versetzen, sei sehr wohl möglich. Die Kasseler Genossen hätten sich nur, bevor Pfannkuch nach Hamburg übersiedelte, an den Partei-Vorstand wenden sollen. Der Partei-Vorstand hat das garnicht abgewartet. Schon früher hatten wir Pfannkuch angeboten, 150 Mark monatlich aus der Parteikasse für die Agitation in Hessen zur Verfügung zu stellen, wenn Pfannkuch da bleiben wollte; aber er hat es abgelehnt. Schmidt-Friedberg hat über die Vernachlässigung Hessens geklagt. Jedes Mal habe ich bedauert, seinem Gesuch nicht entsprechen zu können, weil ich die Begründetheit dieses Gesuches anerkennen mußte. Es ist zur Zeit kein Mensch im ganzen Hessenlande, der dort für die Agitation thätig sein könnte. Warum hat aber Pfannkuch abgelehnt?

Ich will hier ein offenes Wort aussprechen: In unserer Partei herrscht vielfach noch die Unsitte, die Gehälter der Parteiangestellten, die Entschädigung an die Agitatoren, für ihre Auslagen und Zeitversäumniß gleichsam als eine Art Trinkgeld, als Gnadengehalt anzusehen, womit man den Betreffenden eine Wohlthat erweise. Mit dieser Art und Weise der Bezahlung machen Sie es einer ganzen Anzahl sensitiver oder sentimental angelegter Naturen einfach unmöglich, ihre Dienste der Partei zu widmen. (Sehr richtig!) Es ist nicht Jedermanns Sache, sich von dem ersten Besten öffentlich abtrumpfen zu lassen, wenn man in sich das Gefühl der Pflichterfüllung trägt. (Zustimmung.)

Was Grünwald weiter sagt, klingt ja so schön: es sei eigentlich eine Schande, die untersten Angestellten mit 18—24 Mark wöchentlich abzufinden und dabei so hohe Redaktionsgehälter in Berlin zu zahlen. Die erwähnten 18 Mark stellen keinen Arbeitslohn für eine Arbeitskraft dar, sondern sie sind der Betrag einer Pension für einen durch lange Gefängnißhaft dauernd krank gewordenen Genossen, der auf Antrag der Berliner Vertrauensmänner auf den Etat des „Vorwärts" übernommen worden ist und dem freigestellt wurde, seine Kräfte, so weit sie es ihm gestatten, im Dienste des „Vorwärts"

B

zu verwenden. Löhne von 18 Mark kommen also gar nicht vor. Grünwald meint, Löhne unter 30 Mark sollten überhaupt nicht gezahlt werden. Ich bin in Lohnfragen gewiß kein Knicker, aber ich frage: Ist es denn die Aufgabe der Parteigeschäfte, für ein paar Leute, die zufällig darin als Hilfskräfte, Ausgeher, Hausdiener 2c. angestellt sind, eine ausnahmsweise hohe Bezahlung zu gewähren? Wenn es die Aufgabe der Parteigeschäfte sein soll, die Lösung der sozialen Frage in Embryogestalt darzustellen, dann habe ich nichts dagegen. Ich theile diese Auffassung nicht und werde sie bekämpfen; aber wenn das wirklich die Aufgabe sein soll, höhere Löhne zu zahlen als unter den allgemeinen Verhältnissen üblich, höhere Löhne als in allen Konkurrenzgeschäften, warum soll denn dies blos gelten für die Handarbeiter, warum nicht auch für die Kopfarbeiter, für die Redakteure? Eine solche Verkündigung angenehmer Grundsätze ist freilich sehr wohlfeil, aber dann müßten wir logisch weiter gehen, allgemein gleiche Löhne zahlen und schließlich auch verlangen, daß der Mann heute Hausdiener, morgen Chef-Redakteur, übermorgen wieder Hausdiener sei u. s. w. Das ist die praktische Konsequenz, wenn man jene Ausführungen von den Redeblumen loslöst.

Woher rühren nun diese Vorwürfe? Weil ein paar ehrlose Buben das Schlagwort erfunden haben von den Leuten, die aus der Parteikrippe fressen, fühlen sich plötzlich einige Genossen förmlich fasziniert, nach angeblich ungesunden Verhältnissen zu suchen. Und weil in unserer Partei solche nicht gefunden werden können, da sie eben nicht vorhanden sind, werden die kleinlichsten Vorwürfe erhoben. Und die Genossen vergessen ganz, wie hier hunderte von Federn beflissen sind, diese kleinen und kleinlichen Klagen aufzubauschen. Lesen Sie nur die gegnerischen Blätter und Sie werden staunen, in welch verzerrter Gestalt Ihnen da Ihre Vorwürfe entgegen schauen! Gewiß ist nicht alles vortrefflich in unserer Partei, gewiß werden auch hier Fehler gemacht, aber dann haben die Genossen genug andere Mittel zur Verfügung, die Abstellung derselben zu erzwingen als hier, vor dem Forum des Parteitages, diese Fehler gleichsam als das allgemeine Bild der Parteiverhältnisse hinzustellen. (Zustimmung.)

Gegen die Haltung und Redaktion des „Vorwärts" hätte auch ich wie Liebknecht Manches einzuwenden, und ich habe mich geradezu gewundert über die Bedeutungslosigkeit der Einwendungen, die hier gegen die Redaktion des „Vorwärts" erhoben worden sind. Ich hatte erwartet, daß namentlich die Vertreter der Parteipresse über den „Vorwärts" Beschwerde führen würden, daß er seine Aufgabe als leitendes und führendes Organ der Partei so wenig erfülle. In seiner politischen Uebersicht bringt der „Vorwärts" nur Räsonnements, das thatsächliche Material zur Beurtheilung und

B

Kritik der Tagesereignisse aber fehlt in unserem Zentralorgan fast vollständig. Unsere Redakteure an der Provinzpresse haben weder Zeit noch Gelegenheit, auf eigene Faust Tagespolitik zu treiben, es wäre Aufgabe des „Vorwärts", ihnen für den täglichen Kleinkrieg dieses thatsächliche Material zu liefern. In dieser Beziehung steht der „Vorwärts" noch lange nicht auf der Höhe seiner Aufgabe. Nun liegt es mir vollkommen fern, die Schuld hierfür ausschließlich auf die Person des Chefredakteurs zu wälzen. Die Schuld trifft Sie Alle. Was verlangen Sie Alles von ihm und wie zersplittern Sie seine Kräfte! Liebknecht soll zu gleicher Zeit Redakteur, Parteischriftsteller, Agitator, Parteiführer, Reichstagsabgeordneter und alles Mögliche sein! Deshalb ist der „Vorwärts" nicht das Organ, das es eigentlich sein sollte und sein könnte. Auch in Bezug auf die „Neue Welt" theilt der Partei-Vorstand vollständig die Gefühle, welche die Partei hat. Wir glauben, daß Gestalt, Erscheinungsweise, Inhalt und äußere Form nicht den Anforderungen entsprechen, welche man an ein solches Unterhaltungs- und Bildungsblatt mit Recht stellen kann. Aber man hat Unrecht, wenn man sagt, die „Neue Welt" sei früher doch ganz anders gewesen. Nein, diejenigen, die solche Stoßseufzer ausstoßen, haben die frühere „Neue Welt" wohl gar nicht gelesen. (Widerspruch.) Nicht Verfolgungen, kein Kongreßbeschluß, auch nicht das Sozialistengesetz hat die „Neue Welt" außer Leben gesetzt, sondern sie ist an allgemeiner Langeweile eingeschlafen. Jetzt aber wird von einzelnen Rednern auf einmal der Eindruck erweckt, als hätte man ein entschwundenes Glück zu beklagen! Die Frage der Redaktion des „Vorwärts" ist sehr mit Unrecht auf das persönliche Gebiet hinübergespielt worden. Die Frage ist einfach so zu stellen: sind die Leistungen des Leiters des ersten Blattes der Partei so groß und werthvoll, daß das dafür ausgesetzte Gehalt ein Aequivalent ist? oder sind sie es nicht? Daß die Person des Genossen Liebknecht in Frage kommt, ist dabei gleichgiltig. Aber selbst wenn man eine solche Personenfrage stellte, würde ich sie bejahen. So lange Liebknecht, und zwar Jahre lang, im Dienste der Partei einen Monatsgehalt von 20—25 Thalern erhielt, haben wir nirgends gehört, daß das Gehalt zu gering, daß es widersinnig sei, wenn ein Handarbeiter mehr erhalte als der Leiter eines Blattes, ein Agitator und Führer der Partei. Wenn wir heute in der glücklichen Lage sind, ein Gehalt zu zahlen, das den Leistungen des Genannten entspricht, so ist es auch unsere volle und erste Pflicht, das zu thun. Es kommt ja leider bei einer ganzen Reihe von Parteiblättern vor, daß der Redakteur, der von früh Morgens bis spät Abends angespannt ist und am Abend und Sonntag noch agitiren muß, oft schlechter bezahlt wird als ein Setzer im Geschäft. Das sind unwürdige Zustände, die abzuändern eine der ersten Parteipflichten ist.

B

Es ist bedauerlich, daß eine so rein geschäftliche Frage, wie die Gehaltsfrage, zu einer Personenfrage gemacht worden ist. Aber da es geschehen, darf man wohl auch auf die Dienste hinweisen, die Liebknecht der Partei geleistet hat. Das Ansehen, die Macht, der Einfluß der Partei beruht nicht zum Geringsten auf der Aufopferung und Selbstlosigkeit, die Liebknecht ein volles Menschenalter hindurch bewiesen hat. 40 Jahre ist er im Dienste der Partei thätig, und während dieser Zeit hat er niemals die Rücksicht auf sein eigenes Wohlbehagen, auf die Zukunft seiner Familie in den Vordergrund gestellt. Auch heute noch ist er als Führer, Agitator und Schriftsteller der Partei geradezu unerreicht. Wer unter Ihnen ist, der wie Liebknecht in seinem Zuge nach Marseille vor- und nachher in Dutzenden von Versammlungen in lebendiger Jugendfrische das leistete, was er geleistet hat! Wir wollen ihm kein Gnadengehalt geben, sondern uns fragen, sind die Leistungen seinem Gehalt entsprechend. Und da glaube ich, daß es Pflicht und Schuldigkeit der Partei ist, das Gehalt in dieser Höhe zu bewilligen. Leistung gegen Leistung! (Lebhafte Zustimmung.)

Ich bitte Sie, Parteigenossen, in allen diesen Dingen persönliche Rücksichten bei Seite zu schieben. Die Partei ist groß geworden, weil sie sich von sachlichen, nie von kleinlichen, persönlichen Rücksichten hat leiten lassen. Wir wollen auf dieser Bahn, frei von allen persönlichen und Nebenrücksichten weiter wandeln, unseren Feinden zum Trutz, unseren Parteigenossen zu Nutz! (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.)

Das Schlußwort für die Kontroleure erhält

Berichterstatter Kaden: Grünwald beschwerte sich darüber, daß die Kontrolkommission nicht an Auer heran-, sondern um ihn herumgegangen sei, weil er der Parteisekretär sei. Die Kontrolkommission hat die Beschwerde, welche Przytulski an sie hat gelangen lassen, geprüft, untersucht, und der Genosse Auer hat dabei den Sachverhalt genau so dargestellt, wie er es dem Parteitage vorgetragen hat. Daß die Kontrolkommission der Person Auer's wegen auf die Sache nicht eingegangen wäre, ist eine Behauptung ohne jegliche Begründung. Daß ein Verdacht unter den Genossen sehr leicht entstehen konnte, ergiebt sich aus Folgendem. Der eine Genosse sieht, wie Przytulski freundschaftlich mit einem Polizeibeamten verkehrt, an einem anderen Orte sieht dasselbe ein anderer Genosse. Nun treffen sich beide Genossen und tauschen ihre Wahrnehmungen aus. Dann erhebt sich natürlich ein Verdacht, und wenn er erst aufgetaucht ist, dann ist er schlecht wieder zu beseitigen, denn ein juristischer Beweis läßt sich in diesen Dingen nicht erbringen.

Hierauf wird der Antrag der Kontroleure auf Dechargirung des Parteikassirers einstimmig angenommen.

B

Abgelehnt werden die Anträge Augustin, Kiesel, Legien, Litzinger und Genossen, Mahlke, Schulze-Bernburg; der Antrag Baudert-Apolda wird angenommen.

Der Antrag Grünwald auf Niedersetzung einer Kommission von 5 Mitgliedern zur Untersuchung des Falls Przytulski wird mit der Maßgabe angenommen, daß die Siebener-Kommission (für Solingen) die Untersuchung führen soll.

Gottlieb übernimmt den Vorsitz

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstags-Fraktion.

Berichterstatter Singer: Parteigenossen! Diejenigen von Ihnen, die bei diesem Punkt der Tagesordnung eine längere Rede von mir erwartet haben, werden sich getäuscht finden. (Bravo!) Ich werde die kostbare Zeit des Parteitages nicht lange in Anspruch nehmen und kann mich lediglich auf den in Ihren Händen befindlichen gedruckten Bericht beziehen. Ich könnte hiermit schließen, wenn ich nicht eine Frage zu erledigen hätte, die nicht nur ich, sondern auch die Mitglieder des bisherigen Partei-Vorstandes für so wichtig halten, daß sie bei dieser Gelegenheit zur Sprache gebracht werden muß. Sie wissen, daß der demnächst zusammentretende Reichstag von einer Militärvorlage bedroht ist, die bereits in den Partei-Versammlungen sowie in den Parteiorganen vielfach besprochen worden ist. Ich meine, daß die Parteigenossen im Reich, sowie überhaupt alle politisch denkenden Arbeiter es nicht begreifen würden, wenn der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der unmittelbar vor dem Zusammentritt des Reichstages versammelt ist, zu der Militärvorlage nicht Stellung nehmen würde. Ich bin der Ansicht, das es Aufgabe und Pflicht des Parteitages ist, seine Meinung über die Militärforderung der Regierung zum Ausdruck zu bringen; würde es jedoch für Unsinn halten, wenn die Vertreter der sozialdemokratischen Partei in lange Erörterung über den Militarismus und die Militärvorlage einträten. Die Stellung der Sozialdemokratie zum Militarismus ist durch unser Programm gegeben. Jedermann weiß, wie die Sozialdemokratie zum Militarismus steht; wir sind Feinde des Militarismus und werden denselben so lange bekämpfen, bis er zerschmettert am Boden liegt. (Beifall.) Wir stehen bezüglich der Militärvorlage nicht auf dem Standpunkt der Fortschrittspartei, welche einmal die Parole ausgab, „diesem Ministerium keinen Mann und keinen Groschen", sondern bei uns heißt es, entsprechend unserem Prinzip: dem **Militarismus, dem herrschenden Militärsystem keinen Mann und keinen Groschen!**

B